Nummer 6 Hannover, 7. Februar 1914 23. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6412.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 8gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰ Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 5002.

Vergebliches Liebeswerben.

I.

Seit einigen Jahrzehnten, seitdem die Arbeiterbewegung zu einer Macht geworden ist, mit der die Welt rechnen muß, bemühen sich die bürgerlichen und adeligen Schichten unsres Volkes und nicht minder auch die Regierungsleute mit einem Eifer um die Zuneigung der proletarischen Unterschichten, der geradezu rührend ist. Bekanntlich hatte man früher die Arbeitermasse, den Pöbel, wie man sie nannte, gar nicht auf der Rechnung, und mit Verachtung blickten die Herren und Damen der „besseren" Gesellschaft auf die „gewöhnlichen" Arbeiter herab. Das ist nun ganz anders geworden, denn heute dreht sich das öffentliche Interesse vorwiegend um die Arbeiter und Arbeiterinnen, für deren Wohlergehen man sehr besorgt ist. Das Bürgertum fließt über von Wohlwollen, und eine Wohltätigkeitsveranstaltung drängt die andre, die „Edelsten und Besten der Nation" lassen sich zum Volke herab und verschmähen es nicht, dem einfachen Manne die Hand zu drücken, und selbst die Fürsten und Fürstinnen kennen angeblich keine größere Wonne, als wenn sie für das Wohl des Volkes tätig sein können. Und neben der privaten Wohltätigkeit bemühen sich Staat und Gemeinde mit unermüdlichem Eifer, das „Wohl der unteren Volksschichten" zu fördern. Allerdings ist das Bemühen aller dieser Kreise nicht selbstlos, sondern im Hintergrunde lauert die Absicht, die Volksmassen einzufangen und mit der modernen Gesellschaftsordnung zu versöhnen. Man wirbt eben um das Zutrauen und die Zuneigung der Massen, wie dies vor kurzem ein preußischer Minister zum Ausdruck brachte, indem er sagte: „Der Zweck und die Aufgabe aller Wohltätigkeitsbestrebungen und aller sozialpolitischen Tätigkeit des Staates besteht darin, die Seele des Arbeiters wiederzugewinnen!"

Die Stimmung, aus der diese Aeußerung hervorgegangen ist, läßt sich leicht verstehen, denn es ist wirklich eine Tatsache, daß die deutschen Arbeiter dem Staate und der bürgerlichen Gesellschaft völlig entfremdet sind, daß das letzte Band zwischen ihnen zerrissen ist, und daß kaum noch irgendeine seelische Gemeinschaft besteht zwischen dem klassenbewußten Proletariat und den andern Bevölkerungsschichten. Besonders dem kapitalistischen Klassenstaate stehen die zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter und Arbeiterinnen ablehnend, ja direkt feindlich gegenüber. Von einer Zuneigung oder einem Zutrauen zu den Organen dieses Staates kann überhaupt keine Rede mehr sein, und nur mit Mißtrauen betrachten die deutschen Proletarier — und in andern Ländern verhält es sich ähnlich — die „arbeiterfreundlichen" Maßnahmen der Regierung und der Gesellschaft. Das Wort des alten trojanischen Priesters beim Anblick des riesenhaften hölzernen Pferdes, in dessen Bauche die griechischen Streiter sich verborgen hielten: „Was es auch immer sein mag, ich fürchte die Griechen, und doppelt, wenn sie uns was schenken!" ist ihnen aus der Seele gesprochen. Die feindliche Gesinnung der Volksmassen gegen alles, was Staat und bürgerliche Gesellschaft heißt, tritt bei jeder Gelegenheit so deutlich zutage, daß nur ein Vogel-Strauß-Politiker darüber hinwegsehen kann.

Und ist es denn wirklich ein Wunder, daß es so und nicht anders ist? Hat denn der Staat nicht seit Jahrhunderten alles getan, um den letzten Rest von Liebe und Vertrauen in den Herzen der Unterdrückten und Entrechteten zu ersticken, und gibt er sich nicht noch heute alle erdenkliche Mühe, um den Unterschichten den Haß und die Abneigung förmlich einzuimpfen? Und läßt die sogenannte bessere Gesellschaft nicht bei jeder Gelegenheit den Arbeiter fühlen, daß sie ihn nicht als Gleichberechtigten und Gleichwertigen betrachtet, sondern als Menschen zweiter Klasse? Wo soll da die Liebe zu Staat und Gesellschaft herkommen?

Wie man in früheren Zeiten die Angehörigen der unteren Volksschichten behandelt hat, ist allgemein bekannt; wir wollen davon absehen, da ja die jüngste Vergangenheit uns genügend Stoff bietet. Als zu Beginn der Neuzeit der moderne Kapitalismus auf der Bildfläche erschien und die Arbeitermassen ins tiefste Elend herabdrückte, stand der Staat teilnahmlos beiseite und ließ dem Ausbeutertum freiesten Spielraum. Während er sonst seine Nase in alles steckte und sich um jeden Dreck kümmerte, legte er hier die Hände in den Schoß und sah ruhig zu, wie das Proletariat bis aufs Blut ausgemergelt wurde. Sonst ein Feind der Freiheit, schützte er die Ausbeutungsfreiheit gegen jede Beschränkung, und als die Arbeiter sich endlich aufrafften, um mit Hilfe der Organisation einen Damm aufzuwerfen gegen die hereinbrechende Sturmflut kapitalistischer Raubgier, verbot er die Arbeitervereine und knüttelte alle freien Regungen unbarmherzig nieder. Als dann endlich die Koalitionsverbote aufgehoben wurden und das Koalitionsrecht gesetzlich festgelegt wurde, errichtete er neben dem Vereins- und Versammlungsrecht einen Galgen, umgab es mit Fußangeln und Fuchsfallen und machte den organisierten Arbeitern das Leben so sauer wie möglich, wobei Nadelstiche und Keulenschläge abwechselten. Unter dem Sozialistengesetze, diesem Schandfleck preußisch-deutscher Kultur, wurden die Arbeiterführer vogelfrei gemacht, und den Massen nahm man den letzten Rest von Bewegungsfreiheit. Und da wundert man sich noch über die Staatsfeindschaft der klassenbewußten Proletarier und über den Mangel an staatstreuer Gesinnung? Wahrlich, die deutschen Arbeiter müßten ja Hunde sein, wenn sie die Hand küssen wollten, die sie prügelt.

Doch das sind vergangene Zeiten, so behaupten die Lockvögel, und so etwas kommt heute nicht mehr vor. Wenn man den Worten des Ministers glauben darf, will sich der heutige Staat bessern und er will sich eifrig bemühen, die verlorene Arbeiterseele wiederzugewinnen. Einem reuigen Sünder, der Besserung gelobt, soll man goldene Brücken bauen, und darum wollen wir über seine früheren Taten den Mantel der Liebe decken. Ja, wir wollen unsre Gutmütigkeit auf die Spitze treiben und den Staatsmännern und Gesellschaftsrettern sogar ein paar Fingerzeige geben, wie sie es anzufangen haben, wenn es ihnen Ernst ist mit dem Wiederbeginnen der Arbeiterseele.

Versetzen wir uns einmal in die Seele eines modernen Arbeiters, so werden wir bemerken, daß es verschiedene Dinge gibt, durch die sie unangenehm berührt wird. In allererster Linie empfindet es ein Arbeiter als ein schreiendes Unrecht, daß man ihm nicht den gleichen Anspruch einräumen will auf eine Anteilnahme an den Naturschätzen und Kulturgütern wie jeder andern Bevölkerungsschicht, und daß man ihm infolgedessen nicht ebensogut das Recht einräumen will, seine Lebenslage zu verbessern wie jedem andern Staatsbürger. Hier stoßen wir auf eine sehr wunde Stelle in unsrer Staats- und Gesellschaftsordnung. Alle Erwerbsgruppen unsres Volkes streben nach einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und begründen dies damit, daß sie sagen, es sei alles teurer geworden und das Leben stelle höhere Ansprüche an den Menschen. Darum sehen wir die Staats-, Gemeinde- und Privatangestellten in einer fortwährenden Lohnbewegung; wenn die eine Gruppe ein höheres Gehalt durchgesetzt hat, fordert die andre bereits eine neue Gehaltsaufbesserung. Daneben können wir deutlich beobachten, wie auch die Kaufleute und Fabrikanten, die Handwerksmeister und Landwirte unaufhörlich über die schlechten Zeiten klagen und mehr Geld verdienen wollen. Auch die Könige und Fürsten fordern eine Erhöhung ihres Einkommens — und nicht zu knapp —, und selbst die liebe Geistlichkeit, die doch eigentlich mit dem hohen Lohn im besseren Jenseits zufrieden sein sollte, ist eifrig darauf aus, sich irdischen Mammon zu erwerben. Dies Streben ist so menschlich, erklärlich und verständlich — um ein Wort des deutschen Kaisers zu gebrauchen —, daß jeder Unparteiische dessen Berechtigung zugibt. Wie kommt es nun, so fragen wir, daß man dies Streben bei allen andern Volksgruppen als berechtigt anerkennt, nur nicht bei den Arbeitern? Wenn eine Arbeitergruppe eine Lohnforderung stellt, dann nennt man das eine Unverschämtheit, und man redet von der Begehrlichkeit der Arbeiter, die den Unternehmern die Ohren vom Kopfe fressen wollten. Selbst in den Zeiten eines wirtschaftlichen Aufstiegs weigert sich das Unternehmertum, den Arbeitern einen entsprechenden Anteil an dem gesteigerten Produktionsertrage einzuräumen. Mit einer durchaus unsozialen Hartnäckigkeit und Herzlosigkeit drückt es den Knopf auf den Beutel und will nichts herausrücken. Statt dessen predigt man den Arbeitern Zufriedenheit und Bescheidenheit, Geduld und Entsagung und verspricht ihnen als Belohnung die Wonnen des Himmels. Das empfinden die Arbeiter natürlich als einen bitteren Hohn, und deshalb hassen sie eine Gesellschaft, die ihnen kein menschenwürdiges Dasein gewähren will, trotzdem sie dazu imstande wäre. Wie sollten sie auch einer Gesellschaft freundlich gesinnt sein, die mitleidlos zusieht, wie die große Masse des Volkes trotz harter Arbeit ein elendes Leben führen muß? Die heutige Gesellschaft, die Christentum und Menschenliebe im Munde führt, läßt es geschehen, daß die Proletarier, Männer und Frauen, ausgemergelt und bis aufs Blut ausgebeutet, daß die heranwachsenden Kinder frühzeitig zugrunde gerichtet werden, daß Familienglück, Volksgesundheit und Menschenwürde vernichtet wird. Und wenn hier und da von Leuten, die soziales Verständnis und soziales Empfinden besitzen, der Versuch gemacht wird, Wandel zu schaffen und wenigstens die schlimmsten Schäden zu beseitigen, so werden sie von ihren Klassengenossen als Schwärmer und „Weltbeglücker" verspottet und lächerlich gemacht. Selbst die wenigen Verbesserungen, die in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgesetzt worden sind, mißgönnt man den Arbeitern. Da spricht man von dem Automobiltempo der modernen Sozialpolitik und von den großen Wohltaten, die den Arbeitern erwiesen werden, da behauptet man, daß es die Arbeiter heutzutage besser hätten als alle andern Stände, und man fordert sogar, daß den Arbeitern die volle Kompottschüssel weggenommen werde. Kurz und gut, die heutige sogenannte bessere Gesellschaft hat kein Herz für die Not des Proletariats. Und einer solch lieblosen, selbstsüchtigen und obendrein noch heuchlerischen Gesellschaft sollen die Arbeiter Zuneigung entgegenbringen? Das ist doch wohl ein unbilliges Verlangen.

Aber nicht nur die Angehörigen der Mittel- und Oberschichten haben kein Gefühl für die Not der Massen, sondern auch der Staat nimmt eine falsche Stellung zu den wirtschaftlichen Fragen ein. Jedesmal wenn es zu einem Kampfe kommt zwischen dem emporstrebenden Proletariat und dem Unternehmertum, stellen sich die Organe des Staates: Behörden, Polizisten, Staatsanwälte und Gerichte, ohne Ausnahme auf die Seite der Besitzenden. Sie können sich noch immer nicht daran gewöhnen, daß wir in einem Rechtsstaate leben, der ohne Ansehen der Person Gerechtigkeit walten lassen muß. Die Erkenntnis, daß die Arbeiter den Unternehmern gleichberechtigt sind, ist ihnen noch immer nicht aufgedämmert, und von einer gleichen und unparteiischen Behandlung der miteinander ringenden Gruppen kann nirgends die Rede sein. Wir brauchen keine Beispiele zu geben, jeder Kollege weiß, wie es in den wirtschaftlichen Kämpfen hergeht und welche Erbitterung durch das Verhalten der Behörden in den Reihen der organisierten Arbeiter erzeugt wird. Unser gesamtes öffentliches Leben wird dadurch vergiftet, und das Vertrauen in die Unparteilichkeit des Staates schwindet immer mehr. Demgegenüber will es wenig besagen, daß der Staat sich seit einigen Jahrzehnten bequemt hat, Arbeiterschutz zu treiben, und daß es in mancher Beziehung tatsächlich besser geworden ist. Die staatliche Sozialpolitik arbeitet viel zu sehr nach dem Rezepte: „Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß!", und sie ist auch noch allzu sehr Stückwerk und Flickwerk, als daß sie in den Massen Befriedigung hervorrufen könnte. Sie wird auch viel zu sehr als eine Wohltat aufgefaßt, statt als eine Pflicht gegen die Unterdrückten und Entrechteten. Der Staat faßt eben nicht kräftigt genug zu, sondern begnügt sich mit Halbheiten und Verlegenheitsgesetzen; anstatt dem Ausbeutertum die Raubtierkrallen energisch zu beschneiden, will er das Elend mit Rosenwasser beseitigen. Und was das schlimmste ist: der Staat gefällt sich in der Rolle eines Menschen, der einem andern Gnadenbrocken hinwirft und dafür Dankbarkeit fordert. Aber der moderne Arbeiter will keine Gnade, sondern er fordert sein gutes Recht. Und darum steht er dem Staate mißtrauisch und abhold gegenüber.

Der Tarifvertrag.*)

Wenn wir uns ein Urteil über die Bedeutung der Tarifverträge bilden wollen, müssen wir von dem ausgehen, was tatsächlich und rechtlich ist. Wir sehen vor allem, daß die Tarifverträge in Deutschland sich außerordentlich vermehrt haben. Während wir im Jahre 1907 nur rund 5000 Tarifverträge gezählt haben, sind diese Tarifverträge im Jahre 1912 (im letzten Berichtsjahr der Tarifstatistik) auf rund 10 000 angewachsen. Diese Tarifverträge erfassen heute 159000 Betriebe und 1 570 000 Personen. Also beinahe 2 Millionen Menschen sind heute von der Tarifvertrags-Entwicklung in Deutschland erfaßt, d. h. sie sind berührt von den Gedanken der Gleichberechtigung bei der Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen, den eben der Tarifvertrag verwirklicht. England hat nur 1600 Tarifverträge, denen aber rund 2 500 000 Personen unterworfen sind, also fast eine Million mehr als in Deutschland. Ein Zeichen dafür, daß offenbar in England der Tarifvertrag auf erhöhter, tariftechnischer Stufe steht, d. h. viel mehr zentralisiert und ausgebaut ist, als bei uns in Deutschland. Es ist sehr bezeichnend, daß dann wieder das Land, das die am wenigstens entwickelte gewerkschaftliche Bewegung mit syndikalischen Argumentierungen aufweist, nämlich Frankreich, eines der tarifärmsten Länder ist.

Es gibt in Deutschland keine Gewerbegruppe mehr, die nicht irgendwie stärker oder schwächer von dem Tarifvertrag-Prinzip erfaßt ist, bezeichnenderweise mit einer Ausnahme. Während wir in England im Bergbau Tarifverträge haben, haben wir in Deutschland keine Tarifverträge im Bergbau. Wir sehen also an dieser Tatsache, daß Tarifverträge im Bergbau sehr wohl möglich sind, wenn es auch in Deutschland von Arbeitgeberseite noch bestritten wird.

Am stärksten erfaßt von dem Tarifgedanken ist das Buchdruckgewerbe; 66 Prozent aller im Buchdruckgewerbe beschäftigten Personen sind tarifgebunden. Das zweite Gewerbe, das hinter dem Buchdruckgewerbe kommt, ist das Baugewerbe. Da zeigt sich das Verhältnis 47 Prozent zur Zahl der überhaupt im Baugewerbe beschäftigten Personen.

Die neueste amtliche Statistik, die amtliche Zusammenstellung die jüngst erschien, ergibt die überraschende Tatsache, daß von allen tarifgebundenen Personen die Hälfte in Betrieben beschäftigt werden, die zu den großen und größten gerechnet werden. Während 1908 die Denkschrift noch sagen konnte, daß die Tarifverträge die Grenzen des Handwerks noch nicht überschritten habe, heißt es jetzt in der Statistik des Reichs-Arbeitsblattes: „Die Mehrheit aller Personen dagegen gehört zu Tarifgemeinschaften, bei denen auf einen Betrieb durchschnittlich mehr als 20 Personen entfallen. Daraus ist zu schließen, daß die Mehrzahl aller durch die am 31. Dezember 1912 bestehenden Tarifverträge gebundenen Personen zu Betrieben gehört, die keinen handwerksmäßigen Charakter mehr tragen."

Wir unterscheiden vier Formen des Tarifvertrags:

1. Der Firmen-Tarif. Das ist derjenige Tarif, der nur gilt für eine oder mehrere bestimmte Firmen.

2. Der sogenannte Orts-Tarif, der gilt für eine Stadt, z. B. für die Bäckerei-Arbeiter von Frankfurt a. M., so daß dieser Tarif für alle jetzt bestehenden und noch hinzukommenden Firmen gilt.

*) Nach einem Vortrage, den der bekannte Soziologe Rechtsanwalt Dr. Sinzheimer im Frankfurter Arbeiter-Bildungs-Ausschuß gehalten hat.

3. Der Bezirks-Tarif, das ist der Tarif, der sich über die Stadt ausdehnt auf Bezirke, Provinzen und ganze Territorien, der überhaupt einzelne Firmen gar nicht mehr sieht.

4. Die höchste Stufe: der Reichstarif und fast schon dahinter der große Welt-Tarif, der so utopisch er heute noch scheinen mag, doch nicht so ganz ausgeschlossen ist.

Der Tarifvertrag hat die Tendenz, über die einzelnen Fabriktore hinauszuwachsen über Orts- und Bezirksvertrag, um Gewerbegesetz zu werden, alle Beziehungen des gewerblichen Lebens zu ergreifen, nicht nur die Arbeits- und Lohnbedingungen des einzelnen Betriebes zu regeln, sondern das Gewerbe überhaupt.

Betrachten wir das Verhältnis der Organisationen zu den Tarifverträgen, so finden wir die außerordentlich wichtige Tatsache, daß es fast keinen Tarifvertrag mehr gibt, wo nicht auf Arbeitnehmerseite eine Organisation der Träger des Tarifgedankens wäre. Die Organisationen haben heute die Tarifverträge in der Hand. Von den 10 000 Tarifverträgen in Deutschland sind nur drei ohne Organisation abgeschlossen. Sie sind praktisch so gut wie erledigt. Die Organisation auf Arbeitnehmerseite sind die Schöpfer und Träger des Tarifvertrages.

Bei dieser Gelegenheit ist es ferner wichtig, festzuhalten, daß die Tarifverträge in denjenigen Gewerben mit nachgewiesenermaßen starken Organisationen am zahlreichsten und am besten ausgebaut sind. *Also starke und gute Tarifverträge, wo die Organisation stark, dagegen schwache Verträge, wo die Organisationen schwach sind.*

Dabei zeigt sich, daß nicht nur auf Arbeitnehmerseite die Organisation die große Rolle spielt, sondern im wachsenden Maße die Arbeitgeberorganisation einen Gegenkontrahenten bildet. Wenn wir auch noch viele Tarifverträge haben, wo die einzelnen Arbeitgeber oder der einzelne Arbeitgeber den Tarifvertrag abschließt, so zeigt sich doch in wachsendem Maße die Tendenz, daß an Stelle des Arbeitgebers der Verband tritt, der die Interessen des einzelnen wahrnimmt, und so wächst also die eigentliche Form des zukünftigen Tarifvertrages, derjenige Tarifvertrag heran, wo auf beiden Seiten Kampforganisationen stehen, die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wenn nicht alles täuscht, ist die Zukunft des Tarifgedankens der zweiseitige Verbandstarif, wo also auf zwei Seiten die Organisationen stehen, und fast hebt sich wie ein mögliches Zukunftsbild heraus: ein soziales Parlament. Auf der einen Seite das Arbeitgebertum, auf der andern Seite das Arbeitnehmertum sich auseinandersetzend über die Grundbedingungen des Arbeitsverhältnisses, wie dies heute zum Teil schon der Fall ist. Wenn z. B. im Buchdruck- oder Baugewerbe Verhandlungen stattfinden, so sind dies bereits kleine gewerbliche Fachparlamente. Der Parlamentarismus ist also heute nicht mehr nur politisch, er ist zum Teil gewerblich und sozial geworden, und vielfach ist dieser Parlamentarismus, der über Löhne, Arbeitszeit, Urlaubsverhältnisse usw. verhandelt, ebenso wichtig wie politische Parlamente, die über Zabern debattieren.

Die Annahme, daß der Tarifvertrag immer ein Kampfprodukt sei, ist also nicht mehr ganz richtig. Es ist vielmehr richtig, daß der allergrößte Teil der Tarifverträge auf Grund beiderseitiger Erwägungen, „was ist billiger, der Kampf oder der Tarifvertrag", entsteht. Während im Jahre 1905 von solchen „trockenen Lohnbewegungen", d. h. ohne Streik, 982 zum Vertrag geführt haben, haben im Jahre 1912 3800 trockene Lohnbewegungen gegenüber 995 Kämpfen zum Tarifvertrag geführt. Also die weitaus größte Zahl Verträge ist gewonnen aus friedlichen Verständigungen. Es wird bereits von beiden Seiten der Gedanke anerkannt, über den Inhalt des Tarifvertrags ohne Kampf zu verhandeln. Der große Wert der Organisation besteht hierbei darin, daß der Unternehmer stets die Gewißheit hat, kommt es zu keiner friedlichen Einigung, dann hast du den Kampf.

So stark nun auch die Tatsachen für die günstige Entwicklung des Tarifgedankens sprechen, so begegnet die ganze Tarifentwicklung doch noch mancherlei Hemmungen. Auf Arbeiterseite sind heute im großen Strome diese Hemmungen nicht mehr vorhanden, und diejenigen, die von syndikalistischer Seite geltend gemacht werden, haben heute in Deutschland keinen Nährboden. Die tatsächlich heute noch vorhandenen Hemmungen sind dreifacher Art:

1. sind es volkswirtschaftliche Argumente,
2. soziale Argumente und
3. privatwirtschaftliche Argumente.

Aus volkswirtschaftlichen Gründen sagt man, daß durch den Tarifvertrag die Industrie, soweit sie auf den Export angewiesen sei, zurückgedrängt werde. Man muß aber, wenn das sogenannte Bedürfnis der Industrie ins Feld geführt wird, sich immer eins vor Augen halten, die Industrie ist Gesamtheit, nicht der einzelne die Industrie. Es ist durchaus möglich und selbstverständlich, daß durch die Ansprüche des Tarifvertrags die sozial schwachen Firmen unter die Karre kommen, aber das ist kein Verlust für die Volkswirtschaft, sondern unter Umständen sogar ein Gewinn. Man vergesse auch nie die Tatsache, daß trotz der günstigen Tarifentwicklung unser Exporthandel in beträchtlichem Maße zugenommen hat.

Nach dem volkswirtschaftlichen kommt das soziale Argument: „Ich bin der Herr im Hause; ich allein habe die Arbeitsbedingungen festzulegen." Im günstigsten Falle ist der Unternehmer „Herr" über seine Maschinen, seine Sachgüter, aber doch niemals „Herr" über die Menschen, denn das widerspricht ganz unserm Zeitgeist. Das Eigentum an Produktionsmitteln schließt doch wirklich nicht den Menschen ein. Wer ist aber wirklich noch Herr im Hause? Gerade die am lautesten schreien, das sind die kartellierten Unternehmer, denen vom Kartell vorgeschrieben wird, ob und wie sie mit ihren Arbeitern verhandeln dürfen, wann sie aussperren müssen usw. Der Herr im Hause hat also keine Berechtigung mehr, denn der Mensch ist Mensch und keine Sache, und Herrentum gibt es nur noch an Sachen. Sind diese Argumente widerlegt, dann stellen sich die Herren der Werke wiederum zusammen und sagen: „Mag alles recht sein. Tarifverträge sind wichtig und möglich, aber bei *unsrer* Arbeitsweise, bei den vielen kleinen Akkorden, die Rücksicht nehmen müssen auf die Verschiedenheiten der einzelnen Arbeiten, sind Tarifverträge unmöglich." Also die Herren argumentieren gegen die Möglichkeit des Tariflohns und sagen, weil in dem und dem Fall die Festsetzung auf Schwierigkeiten stößt, ist die Festsetzung eines Tarifvertrags unmöglich. Sie vergessen dabei, daß es sich ja nicht allein und nicht immer in erster Linie um die Festsetzung des Lohnes dreht, sondern, daß ebenso die andern Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Akkordberechnung, d. h. die Art der Preisermittlung eines Werkstückes, die Ueberstunden, Arbeitspausen usw. festgelegt werden können. Um es kurz zu sagen: Die Tarifentwicklung hat heute noch Hemmungen, die, streng genommen, heute immer mehr wissenschaftlich unhaltbarer werden. Es sind Willensargumente, die vorgeschoben werden, weil eben der Tarifvertrag diejenige Vertragsform ist, in sich das Bestreben ausdrückt, mittels der Arbeiter-Organisationen die Gleichberechtigung zu erreichen.

Aus dem Reichstage.

Mittwoch, den 28. Januar, ging die Generaldebatte über den Etat des Innern weiter. Als dritter Zentrumsredner sprach Herr Giesberts. Die Wirtschaftspolitik und die Mittelstandspolitik hatten im Zentrum den Vortritt. Giesberts war Redner für die Sozialpolitik. Als solcher unterließ er es aber nicht, der reaktionären Wirtschaftspolitik, die beinahe die Erfolge der Lohnkämpfe der Arbeiter wirkungslos macht, seine tiefe Verbeugung zu machen. Im übrigen bekämpfte er dann die Anschauungen, nach denen unsre Sozialpolitik als abgeschlossen angesehen werden könne. Die sozialen Lasten, welche den Unternehmern auferlegt sind, schätzte Redner auf 3 bis 4 Prozent der Lohnsumme. Diese Kosten rechtfertigten die sozialpolitische Müdigkeit durchaus nicht, welche heute vorhanden sei. Gegen die Scharfmacher fand der Redner eine entschiedene Sprache, vergaß aber, daß in seiner eigenen Fraktion Leute sitzen, die einer Beschränkung der Ausübung des Koalitionsrechts nicht abgeneigt sind. Für den Terrorismus der Gelben und der Unternehmer fand Giesberts die richtigen Worte der Würdigung und Verurteilung.

Dann kam der nationalliberale Herr Böttger, der die Entdeckung zum besten gab, daß die Gelben Ueberzeugung und Mut in ihren wirtschaftsfriedlichen Bünden betätigten. Sie hätten auch durchaus nicht auf das Streikrecht verzichtet. Ueber das Wesen und den Charakter der gelben Vereine ist dieser Politiker also durchaus nicht unterrichtet. Dieser Redner stellte die Behauptung auf, daß seine Fraktion die Koalitionsrechte nicht einschränken wolle. Die nationalliberalen Reden im Lande, das Drängen der nationalliberalen Fabrikanten im Reiche und die gesetzgeberischen Vorstöße der nationalliberalen Politiker in den Einzellandtagen beweisen das Gegenteil dieser Behauptung. Dann beantragten die nationalliberalen Herren die Vorlegung einer Denkschrift, . . folgendes Fragenbündel beantworten soll:

1. Welche Auswüchse des Koalitionsrechts sind in Deutschland zutage getreten?

2. Haben sich die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen als ausreichend erwiesen, um diese Auswüchse, einerlei, ob solche bei Arbeitgebern oder Arbeitnehmern zutage getreten sind, zu bekämpfen?

3. War die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen in den deutschen Bundesstaaten eine einheitliche, und wenn dies nicht der Fall war, welche Maßregeln empfehlen sich, um eine einheitliche Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Koalitionsfreiheit und zur Abwehr des Koalitionszwanges herbeizuführen?

4. Empfiehlt es sich, eine zivilrechtliche Haftung der Koalitionen für Schaden, den dieselben im Widerspruch mit den Gesetzen und guten Sitten durch Beauftragte herbeiführen, einzuführen?

5. Welche Erfahrungen liegen bezüglich des wirtschaftlichen und politischen Boykotts vor?

6. Wie ist die Lage der ausländischen Gesetzgebung, und welche Erfahrungen sind im Ausland bezüglich der unter Ziffer 1 bis 5 aufgeführten Materien gemacht worden?

Diese Fragen ebnen doch der arbeiterfeindlichen Gesetzgebung den Weg. Daß irgendwelche Bestimmungen über das Koalitionsrecht auch zugunsten der Unternehmer zur Anwendung kommen werden, ist doch Kinderglaube. Die taktischen Maßnahmen der Unternehmer vollziehen sich unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit. Dadurch haben sie Straflosigkeit für allen Terrorismus, den sie verüben.

Der Staatssekretär Delbrück ließ sich dann eingehend aus über die vielen Mittelstandsforderungen, die im Laufe der Auseinandersetzung geltend gemacht worden sind. Er legte dar, daß es mit der sozialen Lage des Mittelstandes recht schlecht gestellt sei. Also trotz des angeblichen Segens der Wirtschaftspolitik, die auch dem Mittelstande Besserung bringen sollte. Wie viele Gesetze und Verordnungen hat man für den Mittelstand gemacht und erlassen! Man stellt weitere Maßnahmen in Aussicht; sie werden den gleichen Erfolg haben. Der Kapitalismus beherrscht Erzeugung und Verteilung; Handwerker und Mittelständler müssen fürlieb nehmen mit dem, was er über läßt. Dann trat Erdmann den Angriffen entgegen, die von bürgerlichen Rednern gegen die Arbeiter erhoben worden sind. Er schilderte, wes Geistes Kinder die Gelben sind, die sich für das Geld der Industriellen am Gängelbande führen lassen und ihren Klassen- und Leidensgenossen in den Rücken fallen. Die Unternehmer fordern von ihresgleichen Korpsgeist; sie sollten folgerichtig auch den Arbeitern Betätigung des Korpsgeistes gönnen und die Arbeiter verachten, die dagegen verstoßen.

Dann wechselte bis zum Sonnabendnachmittag Redner auf Redner, und noch öfter wechselte der Verhandlungsstoff. Molkenbuhr behandelte noch einmal die Schutzzollpolitik; deren Erweiterung habe in den Jahren 1906/07 die Krise gebracht. England habe ohne Schutzzoll den gleichen wirtschaftlichen Aufschwung wie Deutschland. Ohne Schutzzoll habe es seine Sozialpolitik bis zur Gewährung von Arbeitslosenunterstützung ausgebaut. In der jetzigen Krise habe es weniger Arbeitslose, als im Deutschen Reiche vorhanden sind. Dabei sei der Schutzzoll in seiner finanziellen und preissteigernden Wirkung eine Belastung der deutschen Arbeiter. — Am Dienstag beginnt man mit der Beratung der Einzeletats. —y.

Dritter Bericht über die internationale Organisation der Fabrikarbeiter.

III.

Die Unterstützungen.

In einer weiteren Tabelle stellen wir die Ausgaben für die verschiedenen Unterstützungen zusammen. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ergibt eine bedeutende Zunahme der Ausgaben für Unterstützungszwecke. Eine Organisation nach der andern baut das Unterstützungswesen für ihre Mitglieder besser aus. Die Unterstützungszwecke haben sich vermehrt. Die einzelnen Unterstützungen werden mehr in Anspruch genommen. Dadurch werden die Gewerkschaftsorganisationen werbefähiger, und der Zusammenhalt mit den Mitgliedern wird fester. Einer Organisation, die neben dem Kampf um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen die Interessen ihrer Mitglieder auf den verschiedensten Gebieten wahrt, wird von jedem einsichtigen Arbeiter Treue bewahrt werden.

Abrechnung des internationalen Sekretariats für 1912.

Einnahme.

Beiträge:		Mk.
11. 8. 1911:	Fabrikarbeiterverband Bulgarien	16,—
9. 10. 1911:	Fabrikarbeiterverband Holland	42,—
5. 11. 1913:	Fabrikarbeiterverband Deutschland	208,—
20. 11. 1013:	Fabrikarbeiterverband Dänemark	37,—
20. 11. 1913:	Fabrikarbeiterverband Norwegen	23,—
20. 11. 1913:	Fabrikarbeiterverband Oesterreich	14,26
20. 11. 1913:	Fabrikarbeiterverband Schweden	13,—
27. 11. 1913:	Fabrikarbeiterverband Belgien	5,—
	Zusammen	358,26

Ausgabe.

		Mk.
22. 8. 1911:	Bericht aus Bulgarien übersetzt	2,50
3. 2. 1913:	Uebersetzung des internationalen Berichts, schwedisch	37,—
14. 5. 1913:	Uebersetzung des internationalen Berichts, englisch	37,—
14. 5. 1913:	Uebersetzung des internationalen Berichts, französisch	37,—
16. 4. 1913:	Drucklegung des internationalen Berichts	175,—
22. 11. 1913:	Portoauslagen	8,—
Bestand		61,76
	Zusammen	358,26

Nach dem Beschluss der 2. internationalen Konferenz, abgehalten am 2. und 3. September 1910 in Kopenhagen, sind die Ausgaben von den angeschlossenen Verbänden nach Massgabe ihrer Mitgliederzahl aufzubringen. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1912 299 982. Die Ausgaben betrugen 296,50 Mark. Für *tausend Mitglieder* ergibt sich somit ein Beitrag von 1 Mark (nach oben abgerundet).

Schluß.

Wie unsern bereits veröffentlichten Berichten, so haften auch diesem Berichte noch Mängel an. Wir haben das Bestreben, diese Mängel abzustellen. Wenn es uns bislang noch nicht gelungen ist, so tragen verschiedene Umstände daran die Schuld. Einmal ist die Berichterstattung noch neu. Die angeschlossenen Bruderorganisationen haben aber nunmehr mit dem regelmässigen Erscheinen des Berichts zu rechnen und müssen sich darauf einrichten, dass nach Fertigstellung der eigenen Jahresrechnung uns der Bericht zugehen kann. Wenn wir diesen dann auf Anfordern erhalten, ohne drei- ja viermal Erinnerungen schreiben zu müssen, vielleicht auch dann noch erfolglos, so würde dann ein Missstand beseitigt sein.

Da alle Verbände Einnahmen und Ausgaben spezialisieren, so ist ihnen doch auch die Möglichkeit gegeben, uns einen Einblick in ihre Leistungen tun zu lassen. Im Interesse einer werbekräftigen Propaganda für die Verbände selbst liegt es, wenn sie ihren Mitgliedern gegenüber eine bessere Zusammenstellung dessen geben, was für die Mitglieder alles geschieht. Dadurch wird auch die Berichterstattung an uns erleichtert.

Neben genauer Aufzeichnung aller Unterstützungen ist vor allem eine sorgfältige Statistik über alle Lohnbewegungen erforderlich. Es ist erforderlich eine Trennung nach Angriff-, Abwehrstreiks und Aussperrungen. Diese Bewegungen sind, jede für sich, nach Zahl, Zahl der Beteiligten und Ergebnis zu verbuchen.

Ebenso sind die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen nach gleichen Grundsätzen zu zählen. Heute ist es nur die deutsche Organisation, die eine solche Streikstatistik führt; alle andern Organisationen machen durchaus verschiedene Angaben, weil jede ihre Streikstatistik nach einer andern Methode ausführt. Dem Berichterstatter ist es infolgedessen nicht möglich gewesen, eine Trennung der verschiedenen Kampfesarten und ihrer Erfolge durchzuführen. Meistens wurden ihm die Ergebnisse der Lohnbewegungen im ganzen mitgeteilt, und vielfach musste er sich die Verkürzung der Arbeitszeit oder die errungenen Lohnerhöhungen erst errechnen oder langwierige Rückfragen anstellen. Eine Organisation gab die Verkürzung der Arbeitszeit nach Tagen an und liess vollständig im Zweifel, ob die Beteiligten in gleicher Weise an der Verkürzung der Arbeitszeit und an den

Die Ausgaben für Unterstützungen in den Jahren 1911 und 1912.

	Arbeitslosen-unterstützung	Kranken-unterstützung	Reise-unterstützung	Diese Unterstützungen 1911 zusammen	Umzugs-unterstützung 1911	Umzugs-unterstützung 1912	Sterbegeld 1911	Sterbegeld 1912	Rechtsschutz 1911	Rechtsschutz 1912
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Belgischer Verband	2 132	3 000	—	—	—	521,22 [3]	—	156,—	—	—
Bulgarischer Verband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dänischer Verband	611 148,90 [1] 9 022,— [2]	—	—	122 625	—	—	—	—	—	—
Deutscher Verband	348 706,75	924 637,98	34 477,55	1 110 201	37 000	38 646,54	60 596,—	76 034,80	13 496,—	13 128,12
Niederländ. Verband	64,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Norwegischer Verband	—	8 576,97	—	—	—	—	26 268,20	41 375,25	—	1 912,53
Oesterreich. Verband	10 737,66	41 495,13	2 045,10	50 944	1 672	2 385,17	1 462,—	1 755,25	2 735,22	925,65
Schwedischer Verband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	981 811,91	977 710,08	36 522,65	1 282 770	38 672	41 552,93	88 326,20	119 321,30	16 231,22	15 966,30

[1]) Mit dieser Summe ist der dänische Verband nur zum Teil belastet. Als Einnahme stehen ihr die Zuschüsse von Staat und Gemeinde entgegen.
[2]) Diese Summe ist als Weihnachts-Unterstützung bezeichnet.
[3]) Für Stellenvermittlung.

Lohnerhöhungen beteiligt gewesen sind. Wieder eine andre zählt die Lohnerhöhungen nach Stunden, Tagen, Wochen und Monaten. Unter Zugrundelegung des Materials wäre es den Organisationsleitungen gewiss leicht, mir, dem Berichterstatter, die Lohnerhöhungen und die Verkürzung der Arbeitszeit pro Woche umzurechnen. Wir geben unsern Verbandsleitungen dringend anheim, mit diesen Uebelständen aufzuräumen; dann erst kann die Berichterstattung eine raschere und bessere werden.

Aug. Brey.

Papier-Industrie

Der Pascha von Zell am Harmersbach.

In unmittelbarer Nähe des badischen Schwarzwaldes liegt die Papierfabrik Zell a. H. In dieser Bude schaltete Direktor Leßt, der vor einiger Zeit den Werkführer Wagner erschossen hat, mit unbeschränkter Macht. Während die Arbeiterschaft dem Werkführer Wagner das Zeugnis eines humanen, arbeiterfreundlichen Vorgesetzten ausstellt, wird Leßt als ein brutaler und sittlich verkommener Mensch bezeichnet. Jahrelang haben die armen geknechteten Arbeiter und Arbeiterinnen die Launen dieses Menschen ertragen müssen, sich dagegen aufzubäumen, hindert diese modernen Sklaven der Einfluß der Pfaffen und ihre Mitgliedschaft im katholischen Arbeiterverein. Auf Grund der Verhandlungsberichte und unsrer eigenen Erkundigungen mögen unsre Kollegen den Charakter dieses Papiertyrannen kennen lernen.

Am 19. Januar wurde vor dem Schwurgericht der 40 Jahre alte Direktor Leßt aus Kratzau in Böhmen wegen Tötung des Werkführers Franz Wagner zu 2 Jahren und 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte, der sich in Zell als österreichischer Reserveoffizier aufspielte, in Wirklichkeit aber nur ein ganz gewöhnlicher, mit Arreststrafen bedachter Vaterlandsverteidiger war, konnte auch vor den Schranken des Gerichts seinen Offizierswahn nicht fallen lassen und bewegte sich während der Verhandlung fast ausschließlich außerhalb der für andre Angeklagte errichteten Schranken.

Nach dem Gutachten des Bezirksarztes ist der Getötete unzweifelhaft infolge der erhaltenen Schußwunde gestorben. Die Kugel durchdrang die Leber und die Lungen, so daß der Tod in der Folge unbedingt eintreten mußte. Außerdem hatte Wagner noch eine Schlagverletzung auf der linken Hand, die stark angeschwollen war, was jedenfalls von einem Schlag mit dem von Leßt zuerst gebrauchten Farrenschwanz herrührte. Direktor Leßt hatte nur einige wenige sehr oberflächliche Kratzwunden am Kopfe, die sehr wahrscheinlich von Wagner durch Zugreifen mit den Händen herrührten. Ein Zeuge, ein früherer Obermeister von Wagner, stellte diesen als etwas hitzköpfig hin, während die meisten Zeugen den Angeklagten als einen brutal auftretenden Menschen schilderten. Dieser hat auch seine geschiedene Ehefrau in ungemein brutaler Weise behandelt. Die Ehe wurde darauf geschieden, das vorhandene, jetzt neunjährige Kind hat die Mutter. Nach dem Ehescheidungsprotokoll war der Angeklagte auch dort der Schuldige und Verurteilte. Das ewig Weibliche war bei Leßt meistens die Triebfeder seiner Verfehlungen. Auf Vorhalt des Vorsitzenden erwiderte der Angeklagte, daß er damals noch jung gewesen sei und daß man ja bekanntlich in der Jugend dem zarten Geschlecht sehr zugeneigt zu sein pflegt. Diese Antwort war verblüffend — einfach. Die Zeugenaussagen aber bewiesen, daß Leßt diese Zuneigung zu den Weibern auch später und bis jetzt noch außerordentlich, auch innerhalb seines Betriebes, pflegte. Deshalb mußte auch ein wesentlicher Teil der Verhandlungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden. Ueber zwanzig Zeugen waren zu vernehmen.

Nach Leßt war Wagner der Urheber des Streites, weil er in geschäftlicher Hinsicht nicht den Anforderungen des Direktors genügte und auf Vorhalt hierüber auf ihn schimpfte, worauf Leßt die Kündigung gegen ihn aussprach. Darauf habe Wagner ihm die Nachtruhe durch Singen und Musizieren und durch einen Grammophon gestört, ebenso den Mittagsschlaf. Er begab sich am Abend des 10. November in die Wohnung Wagners, um sich diese Störung sowie das Schimpfen auf seine Person zu verbitten. Zu diesem Eindringen in die Wohnung seines Gegners bewaffnete sich der Angeklagte mit einem Farrenschwanz und einem Revolver. Wagner verbat sich selbstverständlich dieses Eindringen und drohte dem Täter mit Erstechen, wenn er die Wohnung nicht verlasse. Darauf rief Leßt einige Male: „Die Mistpfote herunter!" und schlug gleichzeitig dem Wagner mehrmals mit dem Farrenschwanz auf die Hände. Darauf wurde der Angeklagte von Wagner zur Türe hinausgedrängt, wobei der Farrenschwanz zwischen die zugeworfene Tür eingeklemmt wurde, so daß Leßt außen und Wagner innen daran zerrten. Der Stock blieb sodann in den Händen Wagners. Gleich darauf ging die Tür wieder auf, ein Schuß krachte und Wagner lag am Boden. So schilderte es der Verletzte noch, wie auch viele Zeugen. Leßt will kurz zuvor noch von Wagner mit dem Farrenschwanz geschlagen worden sein, was aber kein Mensch gesehen haben will. Ferner will er nicht absichtlich geschossen haben, sondern er sei mit der Hand an den Türpfosten gestoßen und der Schuß sei unversehens losgegangen. Wenn dies so gewesen ist, war Leßt aber auch derjenige, der die Tür wieder aufstieß; zu welchem Zweck, wird jedermann klar sein.

Der Staatsanwalt hob mit äußerster Schärfe alle Momente der Schuld des Angeklagten hervor. Daß der Angeklagte ein erregter, gewalttätiger Mensch sei, beweisen nicht allein die Ehescheidungsakten, sondern auch das Benehmen gegen seine Untergebenen. So hat er in einer früheren Stellung einmal **einen Arbeiter auf der Straße mit dem Stock verprügelt, weil er den Direktor nicht devot genug gegrüßt** hatte. Seine Verfehlungen in sittlicher Hinsicht seien dermaßen, daß nicht einmal in der geheimen Verhandlung diese Dinge verlesen werden konnten. Der Staatsanwalt plädierte auf Bejahung der Schuldfrage auf vorsätzliche Körperverletzung mit Todeserfolg.

Als Ergänzung zu dem Geschäftsbericht wird uns noch geschrieben: Im Frühjahr vorigen Jahres bedrohte der Direktor einen verheirateten Mann mit seinem Spazierstock, weil sich derselbe ein kleines Versehen zuschulden kommen ließ. Als der Arbeiter sich diese Behandlung ruhig, aber entschieden verbat, wurde er unter Titulationen wie Rindvieh, Esel, Ochse, Saubande und dergl. entlassen. Nun sitzt dieser Don Juan hinter schwedischen Gardinen, um nach Ablauf von zwei Jahren von neuem als wackerer Retter für den Kapitalismus und Rassenveredler unter der Papierarbeiterschaft wirken zu dürfen.

Jede Arbeiterschaft hat den Herrscher, den sie verdient, so auch die Papierarbeiter in Zell. Würden die Arbeiter den Mut zum Zusammenschluß im Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands besessen haben, so wäre diesem Herrn sein Handwerk jedenfalls schon früher gelegt worden.

+ Geschäftsberichte.

Die zurzeit herrschende Wirtschaftskrise macht sich besonders auch in der Papier-Industrie ziemlich stark bemerkbar und kommt in den Jahresberichten der einzelnen Aktiengesellschaften recht drastisch zum Ausdruck.

Die Zellulosefabrik Höcklingen, A.-G., erreichte für das Geschäftsjahr 1912/13 nach Abzug von 53 196 Mk. Abschreibungen einen Reingewinn von 25 268 Mk. Durch die Errichtung einer Ablauge-Eindampf-Anlage in Münden (Hannover) und infolge der gesunkenen Verkaufspreise ist es der Gesellschaft trotz günstiger Auftragsbestände nicht möglich gewesen, eine Dividende zu verteilen.

Einen Rohgewinn von 121 917 Mk. erreichten im Berichtsjahr die **Schl. Pappenfabriken, A.-G. in Wehrau,** welche nach Abzug von 67 662 Mk. Abschreibungen einen Reingewinn von 54 255 Mk. erzielten. Die zu verteilende Dividende beträgt 4 Prozent. Zur Seßhaftmachung ihrer Arbeiter hat die Firma eine Anzahl Käfige (pardon Arbeiterwohnungen) errichtet.

Die Oberbayerischen Papier- und Zellstoff-Fabriken, A.-G., Aschaffenburg, erzielte einen Betriebsgewinn von 452 703 Mk. (im Vorjahre 69 096 Mk.), wozu noch infolge einer durchgeführten Sanierung des Betriebskapitals, durch Zuzahlung auf die Stamm- und Vorzugsaktien, 2 074 500 Mk. hinzutreten. Nach Tilgung der Unterbilanz von 1 991 872 Mk., Abzug von Abschreibungen und sonstigen Unkosten verbleibt ein neuer Verlust von 366 864 Mk. Die Verwaltung bezeichnet das Betriebsergebnis der Zellulosefabrik Redenfelden als ein zufriedenstellendes, während die Papierfabrik Redenfelden noch stark unter den mißlichen Zeitverhältnissen leide. Dagegen hätte die Papierfabrik am Baum bei Miesbach ein günstigeres Ergebnis gezeitigt. Der Beschäftigungsgrad der Werke sei zufriedenstellend, die Papierpreise dagegen mangelhaft.

Trotzdem auch die **A.-G. „Chromo" in Altenburg** über schlechte Papierpreise klagt, konnte sie doch infolge Sparsamkeit im Betriebe (jedenfalls auf Kosten der Arbeiter) einen Gewinn von 22 306 Mark erzielen.

Der Jahresbericht der **Zellstoff-Fabrik Waldhof** an die Handelskammer Mannheim lautet auch für das Jahr 1913 wieder günstig. Die Gesellschaft erklärt, trotz gestiegener Holzpreise und Seefrachtunkosten ein befriedigendes Ergebnis erzielt zu haben, da es ihr möglich gewesen sei, entsprechende Preiserhöhungen zu erreichen.

+ **Halle a. d. S.** Die Halbjahrsberichte der Ammendorfer und Kröllwitzer Papierfabriken sind für die Aktionäre so vielversprechend, daß sie schon jetzt auf reichen Dividendensegen rechnen können. Dagegen sind die Arbeitszeit und die Arbeitslöhne die denkbar traurigsten. Die Antreibereien spotten jeder Beschreibung; es ist deshalb kein Wunder, daß so viele Arbeiter ihre gesunden Gliedmaßen in diesen Knochenmühlen lassen müssen.

Besonders erschreckend ist die Zahl der Unglücksfälle in der Kröllwitzer Papierfabrik. Allein an der ersten Papiermaschine waren innerhalb fünf Wochen drei Unfälle zu melden. Wir geben hier eine unvollständige Liste aus den letzten Wochen:

Nr. 1. Eine schwere Beinquetschung.
Nr. 2. Eine Fingerquetschung.
Nr. 3. Eine schwere Handverletzung; einem jungen Arbeiter wurden vier Finger weggerissen.
Nr. 4. An der Kreissäge vierzehn Tage vor Weihnachten ein Finger weggeschnitten.
Nr. 5. Eine 5 Zentimeter lange Kopfverletzung eines Arbeiters, der alle Sonntage 36 Stunden arbeitet.
Nr. 6. Fingerverletzungen an der ersten Papiermaschine.
Nr. 7. Blutvergiftung durch Verletzung.
Nr. 8. Am 22. Januar erlitt ein Arbeiter einen Bruch des rechten Oberarms. Es hatte sich ein Stampfer auf unerklärliche Weise in Betrieb gesetzt; einem besondern Glücksumstand ist es zuzuschreiben, daß dieser Arbeiter mit dem Leben davongekommen ist.
Nr. 9. Zwei sechzehnjährige junge Leute mußten einen Ballon Salzsäure von einem Wagen der Luftbahn abheben; derselbe hängt zirka $1^1/_2$ Meter hoch in der Luft. Infolge der Schwere konnten die Leute den Ballon nicht heben, derselbe stürzte ab und zerplatzte. Die Säure spritzte herum und ergoß sich auf denErdboden. Glücklicherweise kamen die jungen Arbeiter mit einigen geringfügigen Brandwunden davon. Hierbei soll auf die Gefährlichkeit solcher Arbeiten hingewiesen werden. Beim Säuretransport fehlen jegliche Schutzvorrichtungen. Erst wenn ernsthafte Unfälle vorkommen, soll wohl diesem unhaltbaren Zustand abgeholfen werden! Die Betriebsleitung täte wirklich besser, sich mehr um die Gefahren zu kümmern, welchen ihre Arbeiter ausgesetzt sind, als für den Vaterländischen Arbeiterverein in ihrem Betriebe Propaganda zu machen. Und die Arbeiter sollten sich nicht in solche gelben Vereine pressen, sich nicht zu rechtlosen Heloten herabwürdigen lassen.

+ Risiko der Arbeit.

Am 16. Januar war unser Kollege Mackeldey in der Zellstofffabrik Schwarza i. Th. mit Holzschälen beschäftigt. Hierbei glitt das gefrorene Holz dem Kollegen aus der Hand und fiel in die Speichen einer nur zum Teil bedeckten Scheibe, welche dasselbe mit einer derartigen Wucht an den Leib des Kollegen schleuderte, daß derselbe ins Krankenhaus übergeführt werden mußte, wo er Sonntag, den 18. Januar, seinen Verletzungen erlag. — Dem Herrn Gewerbeinspektor möchten wir empfehlen, sich die Schutzvorrichtungen bei dieser Firma etwas genauer anzusehen.

Verschiedene Industrien

Aus der Münchner Seifen- und Fettwarenindustrie.

Von bürgerlichen Wirtschaftspolitikern kann man des öfteren hören, daß die Entwicklung vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb bisher nicht in der im Erfurter Programm der Sozialdemokratie gezeigten Richtung verlaufen ist. Es wird stets behauptet und auch durch Zahlen nachzuweisen gesucht, daß sich die Kleinbetriebe ganz bedeutend stärker vermehren als die Großbetriebe. Die guten Leute vergessen dabei, daß sich bereits bestehende Großbetriebe immer mehr vergrößern oder durch Aufsaugung gleichartiger Unternehmungen ihren Betrieb erweitern.

In der Seifen- und Fettwarenindustrie (hauptsächlich in der Fettwarenfabrikation) konnten sich die Kleinbetriebe in den letzten Jahren noch halten, ja sogar noch vermehren. Dieses ist aber dem Umstande zuzuschreiben, daß man — besonders in der Herstellung von Talg und Speisefetten — mit den primitivsten Einrichtungen und deshalb auch mit kleinen Kapitalmengen produzieren kann. Nicht einmal besonders weitreichende Kenntnisse sind dazu erforderlich, so daß ungelernte Hilfsarbeiter, die schon in dieser Branche arbeiteten, sich solche Unternehmungen gründen konnten. In der Seifenfabrikation können sich allerdings kleinere Betriebe in neuerer Zeit weniger halten, denn hier spielt die Maschine schon eine erhebliche Rolle. Die Anschaffung von teuren Maschinen ist aber pekuniär schlecht gestellten Unternehmungen nicht so leicht möglich, diese können deshalb mit den großen nicht mehr so leicht konkurrieren. Die handwerksmäßige Produktion ist also in dieser Branche bereits überflügelt; einmal durch verbesserte technische Einrichtungen, anderseits durch praktischeres Verfahren in der Herstellung der Seifen. Der gelernte Seifensieder mußte auch hier, wie in andern Branchen, dem ungelernten Hilfsarbeiter Platz machen. Die Maschinen modernisieren das Verfahren, machen ihn entbehrlich. Ein einziger gelernter Sieder genügt für eine ganze Fabrik. Und auch der wird mit der wachsenden Vergrößerung des Betriebes dem „Chemiker" weichen müssen.

In München konnte sich der Klein- und Mittelbetrieb dieser Branche bisher so leidlich halten. Obwohl man in Fabrikantenkreisen die gegenseitige Konkurrenz fürchtete, konnte man sich zu näheren gegenseitigen Beziehungen nicht aufraffen, und so kam es, daß sich die auswärtige Konkurrenz am hiesigen Platze breit machen konnte. Nur einmal, das ist 12 bis 13 Jahre her, unternahm man es, eine ringartige Vereinigung ins Leben zu rufen. Der Vater dieses Gedankens war der Seifenfabrikant Ribot in Schwabach, der massenhaft Seifen nach München liefert. Aber bald nach der Geburt zeigte sich, daß das Kind nicht lebensfähig war. (Der Vater dieses Kindes soll nämlich vorher mit seinen Kunden langfristige Lieferungsverträge abgeschlossen haben, die bedeutend billigere Warenpreise vorsahen, als solche durch die Gründung festgelegt waren.) Der Zweck der geplanten Gründung war — wie überall —, die kleine Konkurrenz aufzureiben, um dann die Preise den Konsumenten diktieren zu können. Mit diesem edlen Plan wurde es indessen nichts, und es blieb alles beim alten.

Nunmehr scheint man in München daran zu gehen, Verschmelzungen und Aufkäufe vorzunehmen. So wurde vor zirka Jahresfrist die Seifenfabrik Drey durch die Inhaber der Seifenfabrik Linsenmayer aufgekauft, und mit Beginn des laufenden Jahres gingen die Seifenfabrik von Werle, Schnell und Neumann und die Fettwarenfabrik Feuchtwanger in die Gesellschaft „Vereinigte Münchener Fettraffinerien und Margarinefabriken „Saphir", Gesellschaft mit beschränkter Haftung", auf. Also eine Verschmelzung von vier Betrieben, die bisher zu den größten zählten. Den Anlaß zu diesen Verschmelzungen gab die Gründung einer Fettverwertungsgenossenschaft seitens der Schlachter Münchens. Diese Genossenschaft hat im vorigen Jahre ihren Betrieb eröffnet. Die Seifen- und Fettwarenfabrikanten sind durch dieses Unternehmen schwer geschädigt, denn sie können den notwendigen Bedarf an Rohstoffen nun nicht mehr bei den hiesigen Schlachtern decken, sind vielmehr auf auswärtige Lieferanten angewiesen. Selbst den Talg, der für die Seifenfabrikation bestimmt ist, und der nur aus Rohstoffen hergestellt wird, die für den menschlichen Magen unbrauchbar sind, müssen sie in fertiger Ware von der vorgenannten Genossenschaft beziehen. Diese Umstände verteuern ganz naturgemäß den Betrieb, und das Endresultat war, entweder die Preise zu erhöhen oder aber die Waren zu verschlechtern. Beides gibt aber auswärtigen Konkurrenten die Möglichkeit, ihre Produkte nach München zu liefern. Sie sind in der Lage, gute Qualitäten um einen billigeren Preis in die Großstadt zu liefern, weil eben, wie jedermann weiß, in kleineren Orten vielfach billiger produziert werden kann. Was blieb da schließlich andres übrig, um der sehr starken Konkurrenz von auswärts standzuhalten, als die Produktionsweise zu verbessern! Die Zusammenlegung der vier Betriebe ermöglicht besseren Einkauf und zweckmäßigere Fabrikation, verbilligt also das Produkt.

Ob durch diese Verschmelzung Arbeiter benachteiligt werden, ist allerdings noch nicht bekannt, bisher ist nur ein Kollege entlassen worden. Immerhin dürfte das Handeln der Unternehmer dieser Branche für die Arbeiterschaft ein belehrendes Beispiel geben und sie veranlassen, ebenfalls ihre Kräfte zu konzentrieren. Sind doch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit ganz wenigen Ausnahmen noch sehr traurige. Besonders in jenen Betrieben, in welchen sich bis heute patriarchalische Verhältnisse forterhalten konnten. Nicht selten trifft man dort Wochenlöhne von 18 bis 20 Mark für erwachsene Arbeiter. Als gelegentlich einer Hausagitation ein solcher Arbeiter gefragt wurde, warum er denn so billig arbeite, erhielt der Fragende die Antwort: „Ja, wir haben halt so einen liebenswürdigen Herrn, der meint es so gut mit uns Arbeitern. Mir hat er versprochen, wenn ich einmal nicht mehr arbeiten kann, dann gibt er mir unentgeltlich eine Wohnung." Das ist ein Beispiel für die Art, wie Fabrikanten sich billige und willige Arbeitskräfte zu erhalten suchen. Diesem Umstande ist es größtenteils zuzuschreiben, daß in diesen Betrieben noch kein Boden für die Organisation gelegt werden konnte. Wie ehrlich die Unternehmer ihre Versprechen halten, beweist uns ja ein Beispiel, das vor gar nicht langer Zeit auf dem Sendlinger Oberfelde gegeben wurde. Dort wurde ein ergrauter Arbeiter dadurch vom Beitritt zur Organisation abgehalten, daß ihm vom Prinzipal auch für das hohe Alter eine Lebensstellung versprochen wurde. Der gute Alte, der alles auf seinen Herrn hielt und sich nie für die Organisation gewinnen ließ, wurde nach einer kurzfristigen Kündigung erbarmungslos durch seinen „lieben Herrn" aufs Pflaster gesetzt.

Daß sich solche Zustände halten können, liegt zum Teil mit an der merkwürdigen Stellungnahme der gelernten Seifensiedergehilfen gegenüber der Arbeiterbewegung. Diesen „Handwerksgehilfen" ist die moderne Organisation vielfach noch ein böhmisches Dorf. Ihr Berufsstolz läßt es nicht zu, sich von ihren Hilfsarbeitern mit dem brüderlichen „Du" ansprechen zu lassen, ... das sagt alles. Zur „Wahrung ihrer Interessen" haben sie, wie es sich für Zünftler gehört, einen „Berufsverein". Diesem drohte vor einigen Jahren das Lebenslicht auszulöschen, doch fand sich in dem Chemiker Krebitz ein Arzt, der dem Verein wiederum neues Leben gab und zugleich dafür sorgte, diesem neubelebten Wesen die notwendigen Lebenskräfte zu beschaffen. Das geschah dadurch, daß die Prinzipale dem Verein als Ehrenmitglieder beitraten. Die Grenzen dieses Vereins sind sehr weit ausgedehnt. Ganz Europa und vielleicht noch einige Dörfer bilden das Vereinsgebiet. Daß „Gelb" die Farbe dieses Berufsvereins ist, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Damit kennzeichnet sich die Stellung der Seifensiedergehilfen zur Arbeiterbewegung von selbst. Anstatt dem Beispiel andrer Berufsarbeiter zu folgen, die mit ihren Hilfsarbeitern Hand in Hand für die Verbesserung ihrer Lage kämpfen, gründen sich diese Handwerksgehilfen einen „Berufsverein", mit dem sie nichts, aber auch rein gar nichts anfangen können. Es darf daher niemanden wundernehmen, wenn es mit den Löhnen dieser Leute schlimm bestellt ist. Kommt es doch häufig vor, daß dieselben unter denen der Hilfsarbeiter stehen. Willig und stumm wissen sie diese Tatsache mit ihrem Berufsstolz zu vereinbaren. Sie glauben alle in ihrem Wahn, einmal den Posten eines Siedemeisters zu erreichen; doch, wie oben schon dargelegt, wird die Erreichung einer solchen Stelle von Jahr zu Jahr schwieriger. Demgegenüber wäre es höchste Zeit, den Hochmut abzulegen, wie es erfreulicherweise immerhin schon einige einsichtsvolle Gehilfen getan haben, und dem Solidaritätsgefühl auch in ihren Kreisen Eingang zu verschaffen. Nur die Solidarität ist es, die dem Arbeiter, gleichviel welchen Beruf oder welche Stellung er im Leben inne hat, eine menschenwürdige Existenz verschaffen kann. Daher herein, ihr Seifensiedergehilfen und Hilfsarbeiter, in den Fabrikarbeiterverband! In München ist euch durch denselben der Beweis erbracht, daß er eure Interessen zu wahren weiß.

Adolf Weber.

*** Liberaler Unternehmerterrorismus.**

Aus Höchst wird uns geschrieben: Die Direktion von der Staniolfabrik Eppstein, die in ihrer Mitte ein Vorstandsmitglied der Fortschrittspartei, Herrn Flach, hat, ist schon längere Zeit am Werke, mit allen kleinlichen Schikanen die Arbeiter aus der Organisation zu drängen. Daß sich die Arbeiter mal erlaubt hatten, durch eine Arbeitsniederlegung die Direktion zu veranlassen, den Lohn um 2 Pf. zu erhöhen und einen Urlaub von jährlich drei Tagen bei einer ununterbrochenen zehnjährigen Tätigkeit zu bewilligen, konnte die liberale Direktion nicht vergessen. Solange der Direktor Müller das Regiment führte, konnte der Terror der Liberalen nicht recht hervor; als Vorsitzender des Kartells der Zinnfolienfabrikanten machte Herr Müller eben nicht mit. Erst nach seinem Tode und mit Einzug eines weiteren Liberalen in die Direktion konnte sich der Liberalismus, den die Herren bisher in der Theorie gepredigt hatten, in die Praxis umsetzen, und das erste Versuchsobjekt bildete der Arbeiter F. R. aus Auringen. Diesem Arbeiter, der Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes ist, war erlaubt worden, erst um 7 Uhr zur Arbeit zu erscheinen, da im Winter die Zugverbindung sehr schlecht war. Natürlich wurde auch der Lohn dementsprechend geändert. Kürzlich, als die Arbeit nicht mehr so drückte, eröffnete Dr. Becht im Auftrage der Direktion dem Arbeiter, daß er aus dem Verbande austreten müsse, wenn er während der Wintermonate weiter erst um 7 Uhr zur Arbeit kommen wolle. Höchst liberal gewährte man dem Bestürzten noch einige Tage Bedenkzeit. Als die Frist verstrichen war, konnte der Arbeiter der Direktion mitteilen, daß er auf die Vergünstigung verzichte, weil er die Woche über in Eppstein logiere. Doch diese Herrschaften hatten eine solche Wendung nicht erwartet, denn sie erklärten ihm, wenn ihm der Verband lieber sei als die Fabrik, dann werde er das Nähere schriftlich erhalten. Unter dem 6. Januar schrieb man ihm folgendes:

Wir bestätigen Ihnen hierdurch unsre mündliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses per 23. Januar.

Hochachtungsvoll!
Staniol- und Metallkapselfabrik.
Frölich. Dr. Becht.

Ja, so sind die Fortschrittler. In der Theorie: Koalitionsrecht für die Arbeiter, in der Praxis: Terror bis zur Bewußtlosigkeit.

Gegnerische Gewerkschaften.

Das Kartenhaus der christlichen Gewerkschaften.

In Nr. 1 des „Proletariers" haben wir eingehend über den Ausgang einer Klage berichtet, die christliche Gewerkschaftsführer gegen eine Anzahl Arbeiterblätter angestrengt hatten. Es handelte sich dabei um die Frage, ob und in welchem Maße die christlichen Gewerkschaften von den Wünschen und Anordnungen des Papstes und andern Instanzen der katholischen Kirche abhängig sind. Die christlichen Gewerkschaftsführer erreichten zwar die Verurteilung der Angeklagten, jedoch rollte der Prozeß den Zusammenhang zwischen den christlichen Gewerkschaften und Rom in einem Umfange auf, daß es den Klägern durchaus nicht wohl dabei zumute ward. Wir schrieben deshalb auch am Schlusse unsres damaligen Berichts, daß die Christen kaum nach einem ähnlichen Prozeß Verlangen tragen dürften. Immerhin triumphierten die Christen rein äußerlich.

Heute ist der Jubel im Christenlager verstummt. Aschgraue Katerstimmung herrscht. Warum? Nun, weil der eigentliche „Oberhirte" der katholischen Kirche für Deutschland, Fürstbischof Kardinal Kopp, Breslau, sich ganz offen gegen die christlichen Gewerkschaften erklärt hat. In einem langen Brief an den Grafen Oppersdorff, einen extremkatholischen Führer, gibt Kopp zu, daß die im Jahre 1912 vom Papste erlassene Enzyklika „Singulari quadam" eigentlich die Ver-

urteilung der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften enthalten habe. Im Auftrage des deutschen Episkopats (Gesamtheit der Bischöfe) habe damals Prälat Kreutzwald mit den Führern der christlichen Gewerkschaften Fühlung genommen, um zu verhüten, daß diese sich zu voreiligen, unbedachten Worten und Handlungen hinreißen lassen. Anfangs hätten die Führer der christlichen Gewerkschaften diese Mahnung auch befolgt. Vor der Generalversammlung in Essen habe der Bischof von Paderborn eine Erläuterung der Enzyklika unternommen. Dann fährt das Schreiben fort:

„Daß er sich dabei von der äußersten Milde leiten ließ, widersprach nicht den Absichten des Episkopats und erforderte die Lage der Dinge. Diese Erläuterungen sandte der hochwürdigste Herr am 20. November 1912 dem Unterzeichneten als dem derzeitigen Vorsitzenden der Bischofskonferenz zur Prüfung und Zustimmung. Mit einigen Aenderungen konnte ich seine Arbeit als nicht gegen die Enzyklika gerichtet anerkennen und, da die christlichen Gewerkschaftsführer auf meine Zustimmung alles Gewicht legten, erteilte ich sie. Bei der Kürze der Zeit konnte diese Angelegenheit dem Gesamtepiskopat nicht mehr vorgelegt werden, tatsächlich ist dessen Einverständnis auch nicht eingeholt worden. Nur wurde ihm nachträglich von der Sache Kenntnis gegeben, was er mit Stillschweigen aufnahm. Die in Essen zur Verlesung gebrachte Erläuterung der Enzyklika ist also kein Beschluß des Episkopats, sondern eine Ausarbeitung des Herrn Bischofs von Paderborn, der ich, den dringenden Umständen nachgebend, zustimmte.

In Essen hätte man es danach in der Hand gehabt, den gewerkschaftlichen Standpunkt mit weiser Zurückhaltung und kluger Schonung des kirchlichen Empfindens zur Geltung zu bringen, bei der überaus milden Erläuterung des Herrn Bischofs von Paderborn, und so die Hoffnungen des Episkopates zu rechtfertigen. Statt dessen erging man sich in schroffen und herausfordernden Redewendungen, die die wohlwollenden Rücksichten des Episkopates völlig mißachteten und die angewendete Milde als nutzlos erwiesen, weshalb letztere auch an einer andern kirchlichen Stelle nicht gebilligt wurde.

Aus diesen Vorgängen in Essen erkannte ich selbst, daß es Selbsttäuschung war, eine friedliche und versöhnliche Wirkung der Enzyklika zu erhoffen, und schrieb daher an den hochwürdigen Herrn Bischof von Paderborn, daß ich diese Vorgänge tief bedauerte und daher meine Zustimmung zu seinen Erläuterungen damit zurücknähme. Mein Schreiben (vom 1. Dezember 1912) lautete wörtlich:

„Ich bedaure, mich an den Maßnahmen zur Beruhigung der christlichen Gewerkschaften beteiligt zu haben, und will die Interpretation (der 5 Punkte) nicht weiter vertreten, da solche nicht allein wirkungslos, sondern verwirrend sind."

So gut diese Erläuterungen gemeint waren und man sie an sich vielleicht auch nicht beanstanden kann, wenn man die Eile der Entschließung berücksichtigt und ihren Zweck nicht aus dem Auge läßt, so ist doch manches dagegen einzuwenden. Vor allem waren sie nicht nötig, da die Bestimmungen der Enzyklika deutlich und klar genug sind. Sie waren unnütz, da die Führer der christlichen Gewerkschaften sie nur zu einer schroffen Ablehnung benutzten. Endlich aber muß besonders hervorgehoben werden, daß es nicht Sache der Bischöfe ist, päpstliche Erlasse zu erläutern und auszulegen, sondern daß dieses Recht allein dem Heiligen Stuhle zusteht. In diesem Urteil über die Paderborner Erläuterungen, das ich seit der Essener Versammlung stets festgehalten habe, **hat mich leider auch der Verlauf des eben beendeten Prozesses der christlichen Gewerkschaften** gegen die sozialdemokratischen Redakteure noch bestärkt, und ich kann hinzufügen, **daß auch an andern Stellen die bei dieser Gelegenheit ausgesprochenen Grundsätze und Ansichten ein großes Aufsehen erregt haben."**

Das ist für die christlichen Gewerkschaften eine harte Nuß. Vor wenigen Wochen haben sie noch vor Gericht sich gebläht und gebrüstet mit ihrer Unabhängigkeit und sie haben hingewiesen auf das Einverständnis der Bischöfe mit ihrer christlich-gewerkschaftlichen Tätigkeit. Und jetzt hagelt ihnen der höchste deutsche Kirchenhirt so rücksichtslos in die Bude. Jetzt erfährt man, daß manche Behauptungen während des Prozesses objektiv unrichtig, weil unvollständig waren. So hat kein Mensch von dem so wichtigen Brief erfahren, den Kardinal Kopp am 1. Dezember 1912 an den Bischof Schulte geschrieben hat! Merkwürdigerweise scheinen auch die Führer der christlichen Gewerkschaften von diesem für sie so wichtigen Brief nichts gewußt zu haben. Wenigstens hat Stegerwald jetzt öffentlich erklärt, daß er erst jetzt davon erfahren habe. Das ist sonderbar, sehr sonderbar!

Im Lager der Christen ist natürlich die Bestürzung groß. Auch die Zentrumspresse ist teilweise ganz konsterniert. So schrieb die Dortmunder „Tremonia":

„Als wir gestern in der „Kölnischen Zeitung" (die den Brief mit zuerst veröffentlichte) all diese Dinge lasen, griffen wir uns im ersten Augenblick an den Kopf und fragten uns: Was soll daraus werden? Wir stehen vor Rätseln! . . . .

Was soll daraus werden? Wohin sollen diese Wege gehen? Es ist versucht, einen neuen schweren Schlag zu führen gegen die christlichen Gewerkschaften, trotz des „Friedens von Metz", trotz der bekannten Erklärung der deutschen Bischöfe, trotz der neulichen Rede des Kölner Oberhirten. Unbegreiflich! Unverständlich! Die christlichen Gewerkschaften dürften jetzt angesichts dieser Sachlage wohl Veranlassung haben, die Konsequenzen zu ziehen und **ihr Firmenschild zu ändern.** . . .

Mit dem „Konsequenzenziehen" und dem „Firmenschildändern" geht das aber nicht so schnell. Und was würde es nützen, wenn die Christen sich nicht mehr christliche, sondern vielleicht nationale oder schwarzgelbe Gewerkschaften nennen? Nichts! Der Rat der „Tremonia" ist dann inzwischen auch schon offiziell zurückgewiesen worden. Aber was geschehen soll, darüber herrscht im Lager der Christen noch ein wildes Durcheinander. Es entbehrt deshalb nicht eines pikanten Beigeschmacks, daß ein bekannter Führer der christlichen Gewerkschaften seine Ansichten über diesen neuesten Streich in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", dem ausgeprägtesten Scharfmacherblatt in der ganzen deutschen Presse, zum Besten gibt. Allerdings weiß der „bekannte Führer" auch weder zu raten, noch zu [illegible]. Er bezweifelt zunächst die Echtheit des Briefes (Die inzwischen unzweifelhaft festgestellt ist. D. R.) und meint dann: „Sollte dieser Brief des Kardinals Kopp echt sein und sollte er die Ankündigung einer schärferen Tonart in dem alten Gewerkschaftsstreit sein, so sehen die Gewerkschaften dem mit Ruhe entgegen." Das nennt man sich selbst Courage einimpfen. Aber helfen wirds verflucht wenig. Und die Ruhe der christlichen Gewerkschaften ähnelt der Ruhe in einem Hühnerhofe, wenn der Habicht in den Lüften kreist.

Welche praktischen Folgen der Brief des Kardinals zeitigen wird, ist noch nicht abzusehen. Bemerkenswert ist jedoch, daß selbst ein erheblicher Teil der Zentrumspresse in dem Briefe einen Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften sieht, der in seinen Folgen weiter reicht als die päpstliche Enzyklika, von der er ausgeht. Aehnlich urteilt die bürgerliche Presse. So überschreibt das „Berliner Tageblatt" einen Artikel, der sich mit dem Schreiben Kopps befaßt, „Das Ende der christlichen Gewerkschaften", und in der Einleitung dieses Artikels heißt es:

„Die christlichen Gewerkschaften, die Kerntruppen der „Kölner Richtung" im Zentrum, haben mit dem Briefe des Kardinals v. Kopp an den Grafen Oppersdorff einen Stoß erhalten, von dem sie sich kaum wieder erholen dürften. **Das ganze Kartengebäude ihrer Taktik nach außen ist umgeworfen worden, und die Triumphatoren aus dem Kölner Gewerkschaftsprozeß sind bloßgestellt vor aller Welt."**

Das Kartengebäude ist umgeworfen. So ist es. Aber die christlichen Gewerkschaften haben starke, fromme und geschickte Freunde. Denen wird es gelingen, das christliche Kartenhaus wieder aufzurichten, neu zu leimen und zum Gimpelfang brauchbar aufzustellen. Und es wird auch immer wieder gelingen, einsichtslose Arbeiter auf den christlichen Leim zu locken, in das christliche Kartenhaus zu treiben, um sie dort, direkt und indirekt, in den Dienst der Kirche und des Kapitals zu stellen. Also wird der Vorstoß des Kardinals das Ende der christlichen Gewerkschaften nicht herbeiführen. Aber er wird mit dazu beitragen, die Arbeiterschaft über das Wesen der christlichen Gewerkschaften aufzuklären. Er muß benutzt werden als ein Beweis für die unumstößliche Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften nicht eine unabhängige Arbeitervertretung, sondern eine gegängelte Schutztruppe aller reaktionären Mächte sind.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Vom 12. bis 14. Januar fand eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände im Berliner Gewerkschaftshause statt. An erster Stelle wurde über die Regelung der Unterstützung außerordentlicher Lohn- und Abwehrkämpfe im Wege des Umlageverfahrens beraten und der Generalkommission die weitere Ausarbeitung eines bezüglichen Regulativs überlassen. Sodann wurde nach eingehender Debatte beschlossen, den seit dem Berliner Gewerkschaftskongreß 1896 bestehenden Gewerkschaftsausschuß zu beseitigen und die Vorständekonferenz zu einer legalen Gewerkschaftsinstanz auszugestalten. Eine Neugestaltung des vom Stuttgarter Kongreß 1902 beschlossenen Regulativs ist der Generalkommission übertragen worden. Der bevorstehende Kongreß in München soll darüber Beschluß fassen. —

Die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, deren seit 1906 jährlich 3 bis 4 abgehalten wurden, sollen, nachdem so viele gewerkschaftlich tätige Kräfte teilgenommen haben, daß dem dringendsten Bedürfnis damit Genüge geleistet ist, derartig eingeschränkt werden, daß jährlich nur noch ein solcher Kursus stattfindet, dessen Teilnehmerzahl 50 nicht überschreiten darf. Es sind seit 1906 insgesamt 20 allgemeine Unterrichtskurse für 1274 Teilnehmer abgehalten worden, ungerechnet die Spezialkurse für Arbeitersekretäre.

An der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914 werden sich die Gewerkschaften durch eine Kollektivausstellung ihrer Gewerkschafts- und technischen Fachblätter beteiligen. Die Ausstellung weiterer Druckerzeugnisse (Jahrbücher usw.) wurde den einzelnen Gewerkschaften anheimgestellt.

In Wien findet in diesem Jahre ein Internationaler Kongreß für Gewerbekrankheiten statt, mit dem eine Ausstellung von Präparaten, Stoffen und Verbindungen sowie Darstellungen, die auf die Entstehung, Verhütung, klinische Behandlung und Heilung von Gewerbekrankheiten Bezug haben, verbunden wird. Auf Einladung der Kongreßleitung wird den Gewerkschaften nahegelegt, der letzteren ihre für Ausstellungszwecke geeigneten Materialien zur Verfügung zu stellen und sich auf dem Kongreß soweit dies ihr Berufsinteresse erheischt, vertreten zu lassen. Alle Referate für den Kongreß sind vorher schriftlich einzusenden.

Eine bedeutungsvolle Neuerung beschloß die Konferenz für eine Reihe seit längerer Zeit vorliegender Grenzstreitigkeiten, deren endgültige Erledigung durch Beschluß mit bindender Wirkung durch Schiedsgerichte herbeigeführt werden soll. Zu jedem dieser Schiedsgerichte wählen die beteiligten Verbände je drei unparteiische Schiedsmänner, die sich einen weiteren Unparteiischen als Obmann wählen. Die beteiligten Verbände haben vor Einsetzung des Schiedsgerichts zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch fügen wollen.

Unter den sonst noch erledigten Fragen ist bemerkenswert, daß den Verbandsvorständen nahegelegt wurde, dahin zu wirken, daß alle Gewerkschaftsangestellten gemäß dem Vereinbarungsbeschluß der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen den auf den 1. Mai jedes Jahres entfallenden Gehaltsanteil an den Maifeierfonds ihres Bezirks abführen.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Streiks und Aussperrungen** bestehen in Eisenberg, S.-A. (Porzellanfabrik); Köslin; Leipzig (Postkarten-Gelatinieranstalt H. Haußmann); Memel (Chemische Fabrik „Union"); Schwaan i. M. (Kartoffelflockenfabrik); Schorndorf i. Württ. (Knopffabrik F. Fühner).

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten!

— **Achtung, Musikschallplattenpresser!** Bei der Firma „Arion" Société Française des Phonographes, Frankreich, Clichy (Seine), 33 rue Klock, stehen die Presser im Streik. Es wird versucht, Presser in Deutschland anzuwerben. Wir warnen, Arbeit nach Frankreich anzunehmen.

— **Kolberg i. P.** Unsre Kollegen haben mit der Direktion der Rütgerswerke, Aktiengesellschaft, Imprägnieranstalt zu Kolberg, einen neuen Lohntarif abgeschlossen. Der Tarif läuft bis zum 31. Januar 1917. Auf einige Akkordsätze ist eine Lohnerhöhung eingetreten, und die Zeitlöhne werden während der Vertragszeit um 10 Pf. pro Stunde erhöht. Zur Kündigung dieses Vertrages seitens der Arbeiterschaft sind der Verband und der Arbeiterausschuß nur gemeinsam berechtigt, und als Einigungs- resp. Schlichtungskommission ist die Direktion in Berlin und der Hauptvorstand unsres Verbandes vorgesehen. Die erste Instanz bilden Betriebs- und Gauleiter. Die Direktion der Rütgerswerke gehört erfreulicherweise nicht zu den Scharfmachern, sondern die Herren sind bestrebt, sich einen guten, eingearbeiteten Stamm von Arbeitern zu erhalten.

Korrespondenzen.

Planenscher Grund. Jahresbericht. Am 18. Januar fand in der „Roten Schänke" in Döhlen die Generalversammlung statt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte man das Andenken der verstorbenen Mitglieder in üblicher Weise. Der Jahresbericht lag gedruckt vor, so daß sich der Bevollmächtigte in seiner Berichterstattung kurz fassen konnte. Er hob hervor, daß trotz der einsetzenden Krise bedeutende Lohnbewegungen durchgeführt werden konnten. Hierbei steht an erster Stelle die Ziegelindustrie mit 7 Bewegungen. Mit vier Ziegeleien konnten Tarifverträge abgeschlossen werden. Der abgelaufene Tarif in der Zementindustrie, der sich auf die Zahlstellen Dresden-Mügeln und Planenscher Grund erstreckt, wurde unter annehmbaren Verbesserungen erneuert. Auch im Bezirk Freiberg konnten mit drei Zementfirmen Tarifverträge abgeschlossen werden. Für die Kalkwerke Brunnsdorf und Tharandt hatten die Lohnbewegungen ebenfalls günstigen Erfolg. Bei ersterer Firma wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Die Bewegungen der beiden Schmelztiegelfabriken in Hainsberg endigten ebenfalls mit gutem Erfolg. Von gleicher Bedeutung waren die Erfolge bei den Firmen: Pflastersteinfabrik in Leubnitz, Strohbleicherei in Bannewitz, Schuhleistenfabrik in Tharandt und Musikwerke „Kalliope" in Dippoldiswalde. Einige Ausführungen machte Redner über den neunwöchigen Streik auf der Wellpapierfabrik von F. Schön in Gittersee. Hier konnte man sehen, mit welchen Mitteln die streikende Arbeiterschaft bekämpft und die Arbeitswilligen von seiten der Firma als auch der Polizei geschützt wurden. Der von der Firma angestrengte Prozeß wegen Hausfriedensbruchs gegen den Bevollmächtigten endigte in der zweiten Instanz mit Freisprechung. Mehrere Arbeitswillige stellten gleichfalls Strafanträge wegen Beleidigung gegen zwei Streikende sowie zwei andre Genossen. Die Ehre der Arbeitswilligen wurde dann auch durch 23 Tage Gefängnis gerettet.

Durch die Verschmelzung mit den Blumenarbeitern sind etwa 1[illegible] Mitglieder unsrer Zahlstelle einverleibt, während noch gegen 400 [illegible] organisierte, allerdings meistens Heimarbeiter, im Gebiet unsrer Za[illegible]stelle vorhanden sind. Im Geschäftsjahr konnte die Zahl der Mitglie[illegible] trotz der eintretenden Krise noch um 72 gesteigert werden. Der M[illegible]gliederbestand war am Jahresschluß 3012, davon 402 weibliche.

Den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend ist auch die Erwerl[illegible]losenunterstützung gestiegen. Dieselbe betrug 22 637,25 Mk. Dieses [illegible] ein Mehr von 3500 Mk. gegen das Vorjahr. An Streikunterstützu[illegible] wurden gezahlt 7325,83 Mk. Hiervon fallen auf die Lokalkasse 1425 [illegible] Die Hauptkasse bilanziert mit 62 621,05 Mk. Zu Weihnachten wu[illegible] jedem Arbeitslosen eine Extraunterstützung gewährt. Die aufgewan[illegible] Summe betrug rund 600 Mk. Die Beitragsleistung ist auf der alt[illegible] Höhe geblieben. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer E[illegible]lastung erteilt.

Die Neuwahlen der Verwaltung und Kommissionen zeitigten [illegible] einstimmige Annahme der Vorschläge der Vertrauensmänner. An Ste[illegible] des Kollegen Uhlig tritt der Kollege Dicke (Blumenarbeiter) in die V[illegible]waltung ein. Die Agitationskommission wird von 5 auf 7 Mitglie[illegible] erhöht. Für die Blumenarbeiter wird eine besondere Agitationskommissi[illegible] gewählt. Als Kartelldelegierte wurden neben den alten ein Blume[illegible]arbeiter neugewählt.

Zum Schluß wies der Vorsitzende noch auf den neuen Zweig d[illegible] Arbeiterbewegung, die „Volksfürsorge", hin und forderte zur regen M[illegible]arbeit auf.

Verbandsnachrichten.

Unfallunterstützungskasse der Verbandsfunktionär[illegible]

Kassenbericht vom 1. Oktober 1912 bis 31. Dezember 1913.

Einnahme:

An 202 238 Mitgliederbeiträgen	10 111,90	M[illegible]
An Zuschuß aus der Hauptkasse	5 055,95	
An Zinsen	121,04	
Summa	15 288,89	M[illegible]

Ausgabe:

Per Unterstützungen an Arlt	345,—	M[illegible]
Per Unterstützungen an Bonnert	195,—	
Per Unterstützungen an Bacher	90,—	
Per Unterstützungen an Klein	70,—	
Per Unterstützungen an Dornauer	58,—	
Per Unterstützungen an Göbel	45,—	
Per Unterstützungen an Sausele	30,—	
Per Unterstützungen an Fleischer	30,—	
Per Unterstützungen an Füsting	15,—	
Per Unterstützungen an Pohlenz	14,—	
Per Hamburg, Prämie für Versicherung	534,—	
Per Hannover, Prämie für Versicherung	239,60	
Per Harburg, Prämie für Versicherung	114,05	
Per Fürth, Prämie für Versicherung	65,60	
Summa	1845,25	M[illegible]

Bilanz:

Einnahme	15 288,89	Mk.
Ausgabe	1 845,25	„
Kassenbestand am 31. Dezember 1913	13 443,64	Mk.

Hannover, den 28. Januar 1914.

H. Sack, 2. Vorsitzender. Fritz Bruns, Kassierer.

Revisoren:

A. Illmer. C. Bauer. W. Beermann.

Vom 26. Januar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Speier 1474,54. Tangermünde 825,85. Bautzen 350,—. Stend[illegible] 237,66. Heubach 156,45. Marienstein 104,52. Oberkotzau 60,3[illegible] Markgrün 17,20. Glauchau 2,40. Hildesheim 1050—. Frankenth[illegible] 400,—. Düsseldorf 2079,33. Freiburg i. Br. 368,75. Frankenth[illegible] 156,24. Bielefeld 300,—. Küppersteg 300,—. Penzig (O.-L.) 100,— Mühlhausen i. Th. 53,89. Laupheim 12,43. Goch 11,78. Kempt[illegible] 2,20. Offenbach 2363,66. Neuwied 155,90. Eilenburg 150,—. La[illegible] i. B. 40,90. Bitterfeld 11,—. Züllichau 8,71. Görlitz 1,—. Fran[illegible]furt a. M. 4803,75. Gmund 140,11. Lauenburg i. P. 69,26. Schonga[illegible] 32,96. Kinsau 12,25. Fürth 4,50. Zwickau 349,05. Goldberg [illegible] Schl. 61,17. Einbeck 35,—. Höchst a. M. 22,—. Potsdam 22,3[illegible] Hohenofen 19,14. Aken a. d. E. 12,—. Berlin 3,70.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Bergedorf 73,10. Sebnitz 24,50. Nordhausen —,75. Gengenba[illegible] —,15. Lauenburg a. d. Elbe 4,35.

Schluß: Montag, den 2. Februar, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das vierte Quartal 1913 haben eingesandt:

Rheinfelden, Heubach, Oberkotzau, Michendorf, Marienstein, Hemmoo[illegible] Ratzeburg, Mühlhausen i. Th., Hüttenrode, Neuwied, Halbe, Goch, La[illegible] i. Baden, Laupheim, Berlin, Kinsau, Gmund a. T., Schongau, Züllicha[illegible] i. M., Lauenburg i. P., Gengenbach, Goldberg i. Schles., Hohenofen Lüdenscheid, Potsdam.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
[illegible]21	Michel v. Bresniski	1. 9. 81	16. 12. 12	Hannover
389 697	Reinhard Korthe	30. 8. 72	4. 2. 04	Berlin
424 203	Gustav Müller	18. 6. 88	10. 1. 10	Freiwaldau
449 798	Frieda Starke	20. 3. 93	18. 3. 11	Lübz
408 117	Otto Hinneburg	24. 8. 76	19. 12. 98	Dessau
283 487	Franz Joseph Fertig	26. 12. 83	24. 12. 08	Mannheim
317 413	Ernst Hotopp	15. 3. 65	23. 3. 08	Hannover
525 660	Karl Bartel	1. 8. 91	4. 2. 12	Köln
Karten-Nr.				
347 886	Richard Prahl	18. 9. 94	2. 6. 13	Hamburg
341 146	Georg Ebner	8. 2. 81	9. 8. 13	Fürth
355 887	Karl Kusch	27. 12. 87	19. 9. 13	Brandenbur[illegible]
304 934	Robert Trapp	27. 2. 94	17. 3. 13	Stettin

Ausgeschlossen

wurden die Mitglieder der Zahlstellen

Breslau. August Klingberg, Buch-Nr. 545 403.
Sonneberg. Robert Hößerich, Buch-Nr. 556 973.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Bendorf. Reiseunterstützung wird in Bendorf nicht mehr ausgezahlt. Die Auszahlung erfolgt in Horchheim.

Güstrow. Karl Ohole, Schmödienstraße 25.

Horchheim. Reiseunterstützung bei Karl Pasch, Engelstraße [illegible]

Visselhövede. Wilhelm Wedemann, Große Straße 105.

Waltershausen. 1. Bevollmächtigter E. Piegsa, Hörselgaue[illegible] Straße 3.

Weißwasser. Reiseunterstützung bei Gustav Petrik, Wilhelm[illegible]straße 3 part., von 5½ bis 7 Uhr.

Wünschendorf a. d. Elster. Willi Hilbert, Chronschwi[illegible] bei Wünschendorf a. d. Elster.

Zell a. H. Joseph Bißwanger, Pfarrhofgraben. Kar[illegible] Faißt, Marktplatz 35.

Der Kollege **Bernhard Sittner**, oder wer sonst seinen Au[illegible] enthalt kennt, wird ersucht, die Adresse an **Hermann Stephan** Döbeln i. Sa., Stauditzstraße 3, zu senden. [1,50 [illegible]

Zahlstelle Berlin. [1,50 [illegible]

Die Hauskassiererposten sind besetzt. Allen Bewerbern besten Dan[illegible]

Beilage zum Proletarier

Nummer 6 — Hannover, 7. Februar 1914 — 23. Jahrgang

Chemische Industrie

Ein Prozent chemischer Krankenstatistik.

Die „Krankheitsstatistik der chemischen Industrie für das Jahr 1912“ ist kürzlich erschienen. Bearbeitet hat sie wiederum Dr. F. Curschmann, Betriebsarzt der Greppiner Werke. Als die Resultate dieser von den Unternehmern aufgemachten „Statistik“ vor zwei Jahren zum ersten Male auf den Markt gebracht wurden, haben wir mit aller Entschiedenheit unsre Meinung dazu gesagt. Wir haben darauf hingewiesen, nein, wir haben aktenmäßig nachgewiesen, daß die Statistik einzig und allein zu dem Zwecke aufgemacht wurde, der Oeffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Nicht die Wahrheit zu erkennen, sondern die Wahrheit zu verdecken, war die offen eingestandene Absicht der eigentlichen Macher dieser Statistik.

Schon bei dem ersten Beschluß, eine solche Statistik vorzunehmen (Anfang 1907), verkündete der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, es sei notwendig, „die mehrfach aufgestellte, nach Auffassung der beteiligten Kreise aber unzutreffende Behauptung nachzuprüfen, daß die Gesundheitsverhältnisse unter den in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeitern wesentlich ungünstigere seien als unter den übrigen Industriearbeitern“. Noch deutlicher wurde der Leiter der Unternehmervereinigung, Dr. Wenzel, im September desselben Jahres auf einer Konferenz der Vertrauensärzte der chemischen Industrie. Er erklärte den Aerzten, eine allgemeine Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik der in chemischen Betrieben beschäftigten Personen solle das Material schaffen, „um den Angriffen erfolgreich entgegentreten zu können, welche gegen die chemische Industrie wegen ihrer angeblich außerordentlich großen Gesundheitsschädlichkeit vielfach erhoben werden“. Hätten doch einzelne Hygieniker „die Gefahren, die dem Leben und der Gesundheit des in chemischen Fabriken beschäftigten Personals drohen, in so übertriebener Weise dargestellt daß die Aufsichtsbehörden dadurch notwendigerweise zu immer weitergehenden Schutzvorschriften und Betriebsbeschränkungen gedrängt werden“. Also um gesetzlichen Arbeiterschutz zu verhindern, wollten die Unternehmer der chemischen Industrie Krankenstatistik treiben. Mi diesem Bekenntnis war die statistische Erhebung von vornherein für wirklich objektive Forscher erledigt.

Im Jahre 1911 erschien dann die Bearbeitung der Statistik als Anhang zu dem Bericht der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie. Wir haben damals sofort nicht nur an die Vorgeschichte dieser eigenartigen Statistik erinnert, sondern auch unwiderleglick nachgewiesen, daß der Bearbeiter der Statistik, ob bewußt oder unbewußt, sei dahingestellt, durchaus im Sinne seiner Auftraggeber gerechnet, gefolgert und — geirrt hatte. Die ganze „Statistik“ entpuppt sich als eine „Statistische Schönfärberei im Dienste des chemischen Kapitals“

Der jetzt vorliegende Bericht über das vierte Jahr der Statistik unterscheidet sich in einer Hinsicht sehr vorteilhaft von jenem ersten: er ist kürzer im Text. Dr. Curschmann scheint eingesehen zu haben, daß er mit den voreiligen Schlüssen und Folgerungen, die er an den ersten Bericht knüpfte, weder der Gewerbehygiene noch seinem wissenschaftlichen Ruf, noch auch nur den Unternehmern genützt hat. Und so gibt er denn den neuen Bericht ohne die Versuche, mit unverstandenen Zahlen und unüberlegten Gründen gegen Leute zu polemisieren, die in der chemischen Industrie nicht Sanatorien und in den chemischen Kapitalisten nicht Menschheitsbeglücker sehen.

Der tatsächliche Inhalt des vorliegenden Berichts läßt sick sehr kurz abtun. Zunächst muß wiederum bemerkt werden, daß von einer Krankenstatistik der chemischen Industrie gar keine Rede sein kann. Von den 237 000 bei der Berufsgenossenschaf versicherten Vollarbeitern hat die Statistik ganze 50 533 erfaßt und von den rund 9000 versicherten Betrieben haben sich ganze 81 — **das ist weniger als ein Prozent!** — an der Erhebung beteiligt. Das ist ein geradezu klägliches Resultat einer Unternehmerstatistik und ein mehr als drastischer Beweis für unsre Behauptung, daß die Unternehmer sich fürchten, mit ihren Krankheitszahlen ans Licht zu treten. Besonders charakteristisch ist, daß die Zahl der von der Statistik erfaßten Arbeiter seit 1909 um mehr als 4000 zurückgegangen ist. Damit ist das Interesse der chemischen Unternehmer an einer Krankenstatistik recht gut gekennzeichnet. Beinahe allerdings hätte die Statistik Zuwachs bekommen: die Bleifarbenfabrikanten wollten mitmachen. Da diese ~~Herren erst auf~~ der Hygieneausstellung in Leipzig bewiesen haben, daß sie zwar kein besonderes Geschick, aber doch besonderen Eifer bekunden, wenn es gilt, die Oeffentlichkeit irrezuführen, so darf man schon annehmen, daß sie die Schönfärbestatistik nicht verdorben hätten Trotzdem sind sie für 1912 noch draußen geblieben. Zwar haben sie Fragekarten erhalten und ausgefüllt, aber es hat doch noch nicht so recht geklappt. Das Material war „nicht unter hinreichender Beachtung der von uns aufgestellten Grundsätze zusammengetragen“, schreibt Dr. Curschmann vorsichtig. Worunter man sich allerlei denken kann und darf. Nächstes Jahr sollen sie aber mitmimen dürfen. Wir sind neugierig auf das Resultat.

Die Gliederung der Statistik ist ihrem Umfange und ihrem Zwecke würdig. Womit gesagt ist, daß sie einen Hund jammern könnte. Noch immer hat der Bearbeiter sich nicht dazu verstanden, die beteiligten Betriebe zu gruppieren oder wenigstens in großen Umrissen bekanntzugeben Kein Mensch erfährt, welche Gruppen der chemischen Industrie beteiligt sind, in welcher Zahl die einzelnen Größenklassen vertreten sind. Aus der Tatsache, daß die 50 533 Arbeiter in 81 Betrieben tätig sind, erfährt man allerdings, daß es sich, da auf jeden Betrieb durchschnittlich 624 Arbeiter entfallen, fast ausschließlich um Großbetriebe handelt. Immerhin wäre es von Wert, darüber eingehenden Aufschluß zu erhalten. Doch der Bearbeiter wird schon wissen, warum er damit hinter dem Berge hält.

Die Zahl der Krankheitsfälle und Krankheitstage ist gegen das Vorjahr etwas gesunken. Auf je 100 Vollarbeiter entfielen 53,5 Erkrankungsfälle und 883,2 Krankheitstage. Diese Zahlen stehen immer noch erheblich über dem Reichsdurchschnitt für alle Krankenkassen. Dabei muß jedoch beachtet werden, daß die Betriebskassen der chemischen Großbetriebe die Arbeiter, die sie annehmen, erst sorgfältig sieben, und daß ferner die ganze Unternehmerstatistik von vornherein auf Schönfärberei ausgeht und diesem Zweck alle andern Rücksichten unterordnet.

Die eigentlichen Gewerbekrankheiten spielen in der Statistik der Unternehmer eine untergeordnete Rolle. Einmal weil die Betriebe mit häufiger auftretenden Gewerbekrankheiten sich an der Statistik einfach nicht beteiligen, zum andern, weil — nun weil man, um einen Arzt zu zitieren, eine Bleivergiftung ja auch Darmkolik nennen kann. Immerhin zeigt die Statistik noch 0,4 Prozent gewerbliche Vergiftungen und 0,6 Prozent gewerbliche Hautkrankheiten, zusammen also jetzt 1 Prozent. Das ist so wenig, daß man sich darüber freuen dürfte, wenn, ja wenn es sich um etwas andres handelte als um eine wohlvorbereitete Zahlenspielerei. Es ist beinahe verwunderlich, daß es den Herren nicht gelingt, die 4493 Unfallerkrankungen in ähnlicher Weise unter eine Decke zu bringen. Allerdings ist das schwer; man kann wohl eine Bleikolik als Darmkatarrh, aber eine schwere Säureverbrennung nicht gut als Hautausschlag bezeichnen.

Bemerkt sei noch, daß Dr. Curschmann die hohe Krankentagezahl bei den Arbeitern der organischen Betriebe mit auf eine allerdings „ganz kleine“ Anzahl „langanhaltender Berufserkrankungen“ zurückführt. Er führt dann als solche einige Fälle von Blasentumoren der Anilinarbeiter an. Das ist um deswillen bemerkenswert, weil vor einigen Jahren, als wir in der von unserm Verband herausgegebenen Schrift über die „Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie“ auf diese gefährliche Krankheit hinwiesen, die Unternehmer sofort die Behauptung verbreiten ließen, diese Erkrankungen kämen nicht mehr vor. Zwei Jahre später aber müssen sie erfahren, daß solche Erkrankungen ihre eigene, schöngefärbte Statistik beeinflussen. So lügen sich die Herren aus einen Sack in den andern.

An einem Beispiel mag noch gezeigt werden, daß und in welcher Richtung sich Curschmann gemausert hat. Im Jahre 1911 verkündete Dr. Curschmann als zusammenfassendes Ergebnis seiner Arbeit, daß „im großen und ganzen die Erkrankungsverhältnisse in der chemischen Industrie denen andrer Gewerbe durchaus entsprechen“. In der jetzt vorliegenden Arbeit sagt er ungemein viel vorsichtiger, daß die Gesundheitsverhältnisse in der chemischen Industrie „nicht vom Durchschnitt andrer Industrien allzuweit verschieden sind“. Es wäre zwar offener und richtiger gewesen, wenn er zugleich zugegeben hätte, „daß die „nicht allzuweite“ Verschiedenheit in einer immer noch beträchtlich überdurchschnittlichen Krankheitsziffer der chemischen Industrie ihren Grund hat. Doch man soll vom Rosenstrauch keine Feigen pflücken wollen und von einem Betriebsarzte nicht mehr Objektivität fordern als er geben darf. Also freuen wir uns der Besserung und harren der Dinge, die noch kommen werden.

S.

Wie die Badische Anilin- und Sodafabrik ihren Werkverein gründete.

Wenn den gelben Gimpelfängern gesagt wird, daß sie ja eigentlich nur Marionetten seien, die der Unternehmer am Draht tanzen läßt, so begehren sie entrüstet auf. Mit fast possierlichem Eifer versichern sie dann, die gelben Gründungen kämen „aus der Arbeiterschaft selbst heraus“, ohne Anregung, Hilfe und Unterstützung der Unternehmer. Und dann zählen sie auf, wie da und dort der oder die Arbeiter — richtige Arbeiter, wohlverstanden! — plötzlich ihr gelbes Herz entdeckt, Statuten entworfen, Versammlungen einberufen und — Werkvereine gegründet haben. Und das alles nicht etwa mit oder durch den Unternehmer oder auch nur im Interesse der Unternehmer. Bewahre! Die gelben Werkvereine sind „reine Arbeitervereine“ und ganz richtiggehende „Standesvertretungen“ der bisher irregeleiteten Arbeiter.

So schwatzen die Gelben. Und da eine gewisse Spezies von Leuten nie alle wird, finden sie auch ab und zu Menschen, die ihren Schwatz glauben. Es ist deshalb gut und nützlich, immer wieder daran zu erinnern, daß die gelben Werkvereine reine Interessenvertretungen der Unternehmer sind, die von Unternehmern und für Unternehmer gegründet werden. Daß die unternehmerliche Vaterschaft so oft abgestritten wird, hat seine guten Gründe. Die Arbeiter würden ja allzu leicht stutzig werden, wenn die gelben Werkvereine offen und ehrlich als Unternehmerschöpfung bezeichnet würden. Deshalb schieben die Unternehmer hinten herum. Sie suchen sich Strohmänner — manchmal sind es auch Strohweiber — und dirigieren die Sache vom Hintergrunde aus. Wie das gemacht wird, das verriet vor einiger Zeit recht deutlich ein bekannter Scharfmacher der Metallindustrie in Hannover. Dieser, der als eifriger Förderer der Werkvereine bekannt ist, suchte einen Unternehmer, in dessen Betrieb bis jetzt noch kein Werkverein besteht, auf, um ihn zu fragen, warum er noch nicht dafür gesorgt habe, daß auch in seinem Betriebe ein Werkverein gegründet worden wäre. Darauf meinte der Gefragte: „Ja, meine Arbeiter wollen von einem Werkverein nichts wissen.“ „Was“, sagte da der großindustrielle Scharfmacher, „haben denn die Arbeiter auch etwas zu wollen? Die haben zu tun, was ihnen von uns befohlen wird! Wieviel alte Arbeiter haben Sie denn in Ihrem Betriebe?“ „Zirka dreißig“, war die Antwort. „Nun ja“, fuhr der Scharfmacher darauf fort, „bei diesen Dreißig heißt's erstmal: entweder in den Werkverein eintreten oder Entlassung. Den Stamm haben Sie dann schon zusammen, und alles Weitere wird sich nachher schon finden.“ Man wird zugeben müssen, daß die hier empfohlene Taktik, Unternehmerschutztruppen zu gründen, ebenso einfach wie roh und brutal ist. Aber sie ist trotzdem, oder gerade deswegen allgemein üblich. Die alten oder sonst abhängigen Arbeiter werden zuerst gezwungen, „freiwillig“ gelb zu werden, bei den übrigen macht man es dann je nach den Umständen mit dem Zuckerbrot oder der Peitsche oder auch mit beiden.

Daß die Unternehmer der chemischen Industrie bei diesem Terror in ganz besonderem Maße ihren Mann stellen, ist eigentlich selbstverständlich. Da sie meist riesige Gewinne aus der Arbeiterschaft herausholen, können sie sich die gelbe Suppe auch etwas kosten lassen. Mit ganz besonderem Eifer betätigt sich auf dem gelben Felde die **„Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen“**. Nach dem Streik im Jahre 1911 wurde im Betriebe ein Werkverein gegründet. Selbstverständlich „aus den Arbeitern heraus“. Wenigstens behauptete die Betriebsleitung in einer Broschüre über den Streik, „daß sich eine Reihe mutiger Arbeiter zusammengeschlossen hätten, um den Terrorismus der freien Gewerkschaften abzuwehren“. Nun hat aber der bekannte günstige Wind der „Pfälzischen Post“ einen Brief auf den Tisch geweht, der mit überraschender Deutlichkeit zeigt, daß — der gelbe Werkverein der Anilinfabrik nur ein Werk der Betriebsleitung ist, und daß die „mutigen Arbeiter“ feige Puppen der Unternehmer waren. Der Brief stellt die Antwort der Anilindirektion dar auf einen Brief, in dem ein andres Werk um Ratschläge zur Gründung eines gelben Vereins nachsucht. Das interessante Schriftstück lautet:

Vertraulich! 8. Juli 1911.

Waggonfabrik, Al.-Gesellschaft,
Rastatt i. B.

In höflicher Erwiderung Ihrer Anfrage mit wertem Schreiben vom 6. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß die Gründung unsres Arbeitervereins in der Weise vor sich gegangen ist, daß **wir zuerst nur einige ganz vertrauenswürdige Arbeiter ins Vertrauen zogen**, von diesen, nachdem zwei unsrer Beamten die Einrichtungen des Werkvereins der Maschinenfabrik Augsburg angesehen hatten, ebenfalls **einige Leute dahin entsandten**, um dieselben mit den Einrichtungen in Augsburg vertraut zu machen.

Im Anfang wurde dann nur von Mund zu Mund geworben in der Art, daß die wenigen Leute ebenso viele vertrauenswürdige Arbeiter zu einer Besprechung zuzogen, und in dieser Weise weiter verfahren, bis einige 100 Mitglieder beisammen waren. Inzwischen arbeiteten die zuerst zusammengetretenen Arbeiter ein Statut aus, von dem wir Ihnen anbei ein Exemplar zugehen lassen.

Als die gegnerische Presse zu der Gründung unsres Vereins Stellung nahm, wurde eine öffentliche Versammlung ausgeschrieben, und seitdem werden jede Woche Mitgliederversammlungen, zu denen jedoch nur Leute Zutritt haben, welche nicht auf dem gewerkschaftlichen Standpunkt stehen, veranstaltet, und heute nach 6 Wochen verfügt der Verein bereits über eine Zahl von über 1100 Mitgliedern.

Die Fabrik hat dem Verein eine finanzielle Hilfe für seine Unterstützungszwecke zugesagt in der Weise, **daß seitens der Fabrik für jedes Mitglied ein Beitrag von 25 Mk. pro Kopf und Jahr bezahlt wird.** Auch sind die meisten unsrer Beamten dem Verein als außerordentliche Mitglieder mit Jahresbeiträgen beigetreten.

Da die Tätigkeit unsres Vereins sich bis jetzt auf die Werbung von Mitgliedern beschränkt hat und die Unterstützungsfrage, Anlage von Büchern und Listen usw. bis jetzt in den Hintergrund getreten sind, so können wir Ihnen nur empfehlen, falls Sie sich weiter über die Organisation eines Werkvereins durch Entsendung einer Kommission informieren wollen, sich ebenfalls an die Maschinenfabrik in Augsburg zu wenden.

Hochachtungsvoll

Badische Anilin- und Soda-Fabrik.
Hüttenmüller. Müller.

Einen Kommentar braucht dieser Brief nicht. Wer lesen kann, sieht daraus, wie und von wem gelbe Werkvereine gegründet werden. Und wer denken kann, weiß dann zugleich, in wessen Interesse und zu wessen Nutzen das geschieht. Sollte aber doch noch irgendwo in Preußen-Deutschland ein Mensch leben, der da glaubt, die Unternehmer gründeten Werkvereine, um ihren Arbeitern zu helfen, so wird es notwendig sein, ihn in ein Panoptikum zu stecken.

× **Dem Verdienste seine Krone!**

Wie in vielen andern chemischen Fabriken, so ist auch in der chemischen Fabrik von Heyden in Radebeul und Weißig die Wahl zu dem Ausschuß der Betriebskrankenkasse zu einem elenden Kampfmittel gegen die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft mißbraucht worden. Der im Werke Radebeul bestehende angeblich vollständig neutrale Gesangverein, dem nur die Pflege des deutschen Liedes obliegen soll, mußte als Sturmbock herhalten, um die Vorherrschaft der Hätschelkinder zu erreichen. Es mußte also eine Gegenliste aufgestellt werden, was allerdings nicht so leicht war, denn über allzuviel Gehirnschmalz verfügen ja die Herrschaften bekanntlich nicht; es hatten auch nicht allzuviel Arbeiter Lust, sich vor den gelben Karren spannen zu lassen. Man suchte alles mögliche zusammen, sogar Leute, die nur notdürftig ihren Namen schreiben können, mußten auf der Liste eingezeichnet werden, um eventuell dann später die Vertretung der Versicherten ausführen zu können.

Nebenher wurde eine widrige Agitation entfaltet. Der Meister Linke und der Fabrikgendarm Aehnelt taten sich dabei besonders hervor. Der Meister Scholz äußerte: „Geht die Liste des Gesangvereins durch, werden die Beiträge niedriger, geht die Liste der organisierten Arbeiter durch, dann gibt es erhöhte Beiträge und niedrigere Leistungen!“ — Eine Behauptung, die aller Kritik spottet. — Aber auch die Beamten mußten als Schutztruppe dienen. Man übersandte ihnen ein Schreiben, in dem sie zur Wahl der Liste des Gesangvereins ermahnt wurden. Nach diesen umfangreichen Vorbereitungen erfolgte am 23. Dezember die Wahl, bei welcher genau festzustellen war, daß die Mitglieder des Gesangvereins und die Beamten abkommandiert waren, denn sie traten wie auf Kommando den Gang zur Wahlhandlung an. Am Morgen des Wahltages waren die Vertrauten vom Betrieb zu Betrieb gelaufen, um für die Liste II Stimmung zu machen. Und trotzdem ein klägliches Resultat!

Ganze 327 Stimmen wurden in beiden Werken für die gelbe Liste abgegeben, während die Liste der freien Arbeiter 612 Stimmen auf sich vereinigte. Zieht man von den Wählern der Liste II die Beamten, Meister und Vorarbeiter ab, bleiben nicht viel Arbeiterstimmen übrig, also Blutapfelsinen.

Aber jede heroische Tat muß natürlich belohnt werden, und so stiftete Herr Direktor Seifert, offenbar unter der Voraussetzung, daß die Anstrengungen recht kapitale waren, 1400 Mk., von denen 400 Mk. zum nächsten Vergnügen und 1000 Mk. bei der bevorstehenden Fahnenweihe Verwendung finden sollen. — Sakra, wird da aber — gesoffen werden!

× **Arbeitsgefahren in Säurebetrieben.**

Die Anhaltisch-Westfälische Sprengstoffabrik, Abteil. Koswig, gibt der Arbeiterschaft sehr viel Anlaß zu Klagen aller Art. Vielfach werden Entlassungen ohne Grund vorgenommen, scheinbar nur zu dem Zwecke, die Arbeiter einzuschüchtern. Die Sonntagsarbeit wird in einem Umfange ausgeübt, der dem Gewerbeinspektor Anlaß zur Kontrolle geben müßte. Fast die Hälfte des Betriebes ist Sonntags im Gange, und oft an Stellen,

wo es keine Eile hat. Erst am 11. Januar haben einige Maurer an einem neuen Sulfatofen gearbeitet, der gut an den Wochentagen fertiggestellt werden konnte. Mit vielen andern Arbeiten ist es ebenfalls so. Die Zahl der Unfälle in dieser Fabrik ist hoch. Kleinere Unfälle, die die davon betroffenen Arbeiter am Weiterarbeiten nicht hindern, werden meist nicht bekannt. Die Zahlstelle unsres Verbandes unterstützte im vorigen Jahre 13 Unfallverletzte aus dieser Fabrik an 458 Tagen. Einige Arbeiter waren bis über 20 Wochen hinaus erwerbslos. Die meisten Unfälle sind Folgen von Verbrennungen mit Säuren. Nachfolgend eine kurze Liste solcher Verbrennungen. Die Namen der betreffenden Arbeiter haben wir aus leicht erklärlichen Gründen durch Zahlen ersetzt. Unfälle in der Säureabteilung der Sprengstoff-Fabrik: Nr. 1, 5. 3. 1913, Handverletzung durch Säure; Nr. 2, 14. 5. 1913, Fußverletzung durch Säure; Nr. 3, 11. 6. 1913, Hand- und Armverletzung durch Säure; Nr. 4, 2. 7. 1913, Fußverletzung durch Säure; Nr. 5, 7. 7. 1913, Fußverletzung durch Säure; Nr. 6, 16. 7. 1913, Fußverletzung durch Säure; Nr. 7, 8. 8. 1913, Fußverletzung durch Säure; Nr. 8, 1. 10. 1913, Fußverletzung, beide Beine bis zum Knie verbrannt durch Säure; Nr. 9, 21. 10. 1913, Handverletzung durch Säure; Nr. 10, 22. 12. 1913, Handverletzung, beide Arme bis zum Ellenbogen verbrannt durch Säure; Nr. 11, 9. 1. 1914, Fußverletzung, beide Beine bis zum Schenkel verbrannt durch Säure; Nr. 12, 7. 1. 1914, Fußverletzung durch Säure; Nr. 13, 14. 1. 1914, Fußverletzung, beide Beine bis zum Knie verbrannt durch Säure.

Diese Liste ist ein kleiner Beweis für die Notwendigkeit eines besonderen gesetzlichen Schutzes für die Arbeiter der chemischen Industrie. Es ist erfreulich, daß der Bundesrat auf das andauernde Drängen unsres Verbandes und der Arbeitervertreter im Reichstage nun endlich beschlossen hat, wenigstens in eine Untersuchung der Arbeiterverhältnisse in den Säurefabriken einzutreten. Wenn die Herren, die mit der Untersuchung betraut werden, die Augen aufmachen, werden sie sehr viel zu bessern finden.

Keramische Industrie

Arbeiten in Sandgruben.

Durch die häufigen Unfälle in den Kies- und Sandgruben, die zu einem verhältnismäßig hohen Prozentsatz tödlich verlaufen, ist den Unfallverhütungsvorschriften in letzter Zeit durch die Unfallberufungsgenossenschaft mehr Beachtung geschenkt worden. Besonders die Bestimmungen über den Abbau erfreuen sich einer schärferen Handhabung und Ueberwachung. Daß viele Unternehmer dafür kein Verständnis zeigten, weil sie sich bei ihrer Profitjagd beengt fühlten, ist selbstverständlich. Natürlich haben dieselben Herrschaften auch keinerlei Neigung für die Opfer, die bei dieser Jagd auf der Strecke bleiben, aufzukommen, sie beklagen sich über jeden Groschen, den die Berufsgenossenschaft für die bei den Unfällen vernichteten Knochen und Menschenleben einfordert. Wie leichtfertig solche Vernichtungen oft herbeigeführt werden, zeigen folgende Fälle, die in dem Jahresbericht der Berufsgenossenschaft registriert sind.

In einem Sandgrubenbetriebe wurde ein Arbeiter bei dem Versuche, die Grubenwand durch Unterhöhlen zu stürzen, durch hereinbrechende Sandmassen verschüttet. Da der unvorschriftsmäßige Abbau schon wiederholt beanstandet worden war, wurde der den Betrieb leitende Werkführer nach Erhebung der Anklage wegen fahrlässiger Tötung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. — In einem andern Betriebe wurde in gleichem Falle ein Arbeiter verschüttet und, da der Schachtmeister ebenfalls wiederholt verwarnt worden war, gleiche Anklage erhoben.

Ein schwerer Unfall ereignete sich in einem Kiesgrubenbetriebe durch Einsturz einer Wand, wobei ein Arbeiter tödlich verunglückte und zwei schwer verletzt wurden. Am Unfalltage befanden sich zwei Arbeiter auf der etwa 10—15 Meter hohen oberen Strosse einer im ganzen etwa 25 Meter hohen Kieswand und brachten durch Unterarbeiten der Wand das Kiesmaterial zu Fall, obgleich am Böschungsfuß ein Arbeiter das abgestochene Material in eine vor der Wand stehende Kipplore verlud. Plötzlich brach mehr Material, als beabsichtigt, ab; obgleich der Schachtmeister die Arbeiter durch Zuruf warnte, blieb ein Arbeiter stehen und wurde bis übers Knie von dem herunterrutschenden Sande verschüttet. Auch jetzt noch machte dieser Arbeiter keine Anstalten (!), seinen Arbeitsplatz zu verlassen. In demselben Augenblicke kam noch ein zweiter Schub von oben herunter, der den Arbeiter gegen die von ihm beladene Lore warf und ihn vollständig mit Sand bedeckte, während zwei andre Arbeiter bis zur halben Körperhöhe verschüttet wurden. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen, jedoch war der Mann schon erstickt, als sein Körper freigelegt war. Die beiden andern Arbeiter konnten lebend ausgegraben werden. Gegen die Unternehmer wurde Klage wegen fahrlässiger Tötung erhoben, weil sie die Wand entgegen den Vorschriften durch Unterarbeiten von unten nach oben abbauen ließen, obwohl das Material stark verworfen lagerte und feuchte Stellen zeigte, also besondere Vorsicht geboten war.

Vielfach ist in Sandgruben zu sehen, daß der Grubensand überhängt. Die Vorschrift verlangt, daß auch der obere Teil der Wand, besonders unter dem Grubenrand, nicht über 45 Grad abgeböscht wird, weil das Erdreich gerade am Grubenrand, wo es den Witterungseinflüssen mehr ausgesetzt ist, Neigung zum Reißen und dadurch zum Abstürzen zeigt. Wird nun am Böschungsfuß verladen und dem losen Material der Stützpunkt genommen, so rutscht der Sand von oben nach und nimmt dadurch auch dem Material am Grubenrand den Halt, der im Herabstürzen die vorschießenden Sandmassen noch weiter nach vorn treibt, und so den Unfall herbeiführt.

Wie schon oben erwähnt, fühlen sich manche Unternehmer durch die Abbauvorschriften geschädigt. So hatten mehrere Sandgrubenbesitzer eines Bezirks bei der Berufsgenossenschaft den Antrag gestellt, den bisherigen Abbau in ihren Sandgruben beibehalten zu dürfen, obgleich er sich nicht in jeder Beziehung mit den bestehenden Vorschriften decke. Sie erhoben den Einwand, daß sonst bei den hohen Löhnen in der Nähe der Großstadt und der großen Konkurrenz sich ein wirtschaftlich lohnender Betrieb nicht mehr ermöglichen lassen würde. Der Abbau erfolgt in diesen Gruben von unten nach oben in der Weise, daß durch Unterarbeiten der mit 45 Grad abgeböschten Wand vermittels 3 Meter langer Stecher das Sandmaterial zu Fall gebracht wird. Nach örtlicher Besichtigung durch den Vorsitzenden des Genossenschaftsvorstandes und den technischen Beirat wurde das Gesuch unter folgenden Bedingungen genehmigt:

1. Die Breite der Gewinnungsstelle soll, in der Ebene der Grubensohle gemessen, nicht mehr als 5 Meter betragen.
2. Die Entfernung zwischen zwei Arbeitsstellen soll, von Mitte zu Mitte gemessen, mindestens 8 Meter sein, und zwischen je zwei Arbeitsstellen soll ein mindestens 2 Meter breiter Rücken stehen bleiben.
3. Die obersten 3 Meter des Sandlagers sollen von oben herabgestoßen werden.
4. Die einzelnen Sätze beim Unterarbeiten der Wand dürfen nicht höher als 1 Meter genommen werden.
5. Der „Stipper" muß seitlich vom Angriffspunkte des Stechers, nicht unterhalb dieses Punktes stehen; der Stecher muß mindestens 3 Meter lang sein.
6. Es darf nicht am Fuße derjenigen Böschung, von der herabgelassen wird, Sand aufgeladen werden.
7. Auch wenn kein Sand herabgelassen wird, sollen sich die Arbeiter bei der Verladung nicht zwischen Grubenwand und Wagen aufstellen.
8. Die Kippwagen dürfen vor der Grubenwand beim Beladen nicht in geschlossenen Zügen stehen, sondern möglichst einzeln, höchstens zu zweien, damit bei einem Bergrutsch die Arbeiter schnell hinter die Wagen gelangen können.
9. Beim Angriff neuer Sandberge oder beim Verlegen der Transportgeleise ist ein besonderer Aufseher anzustellen, der die Grubenwand ständig beobachtet und die am Fuße der Wand arbeitenden Leute durch Zuruf warnt, sobald sich Teile der Wand in Bewegung zu setzen drohen.

Dieser Abbau wird jedoch nur dann gestattet, wenn eine verständige Aufsicht und ein intelligenter Arbeiterstamm vorhanden ist. Außerdem muß nur horizontal gelagertes Sandmaterial vorhanden sein. In Fällen, wo der Sand mit Lehmadern durchsetzt ist, die schräg nach hinten ansteigen oder Verwerfungen oder nasse Stellen zeigen, müssen die bestehenden Vorschriften beachtet und die Wände von oben nach unten abgebaut werden, weil sonst leicht unvorhergesehene Erdrutschungen eintreten können.

= Keine ausländischen Ziegeleiarbeiter.

Im Regierungsbezirk Posen machte die Behörde von dem ihr zustehenden Recht, die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern zu verbieten, Gebrauch. Den Ziegeleibesitzern will dies natürlich gar nicht gefallen, um so weniger, als es in den letzten Jahren den Arbeitern möglich war, ihre Arbeitslöhne um ein geringes höherzubringen. Ein Ziegeleibesitzer Krombach wandte sich deshalb kürzlich an den Regierungspräsidenten mit dem Ersuchen, das Verbot aufzuheben. Die Handelskammer Posen unterstützte das Ersuchen durch eine Eingabe, in der die Not der Ziegeleibesitzer dargelegt wurde. Es wurde betont, daß sich in steigendem Maße ein Mangel an einheimischen Arbeitern in den Ziegeleien fühlbar mache, und daß die Arbeiterorganisationen diese Notlage der Ziegeleibesitzer ausnutzen, um die Arbeitslöhne hochzutreiben. Dadurch sei erreicht worden, daß in einer Ziegelei — man höre — die Arbeiter, die mit Hacke und Schaufel arbeiteten, 40 Pfennig Stundenlohn erhielten.

Wenn die Ziegeleibesitzer bei guter Baukonjunktur ihre Preise steigern, so finden sie dies als ganz selbstverständlich. Sie würden wahrscheinlich der Regierung den Patriotismus kündigen, wenn dann die Bauinteressenten Maßnahmen zur Erleichterung der Einfuhr ausländischer Ziegeln verlangten und erhielten. Wenn aber die Ziegeleiarbeiter die gute Geschäftslage benutzen, um an der Steigerung der Ziegelpreise teilzunehmen und dabei auf 40 Pf. Stundenlohn kommen, so ist das schrecklich; die Ziegeleibesitzer fühlen sich in eine „Notlage" gedrängt, aus der die Regierung sie befreien soll durch die Einfuhr ausländischer Arbeiter.

Schon der Hinweis auf die 40 Pf. Stundenlohn bezeugt, daß es nicht der Mangel an Arbeitskräften, sondern der Mangel an Lohnsklaven ist, der die Ziegeleibesitzer zu ihrer Eingabe veranlaßte. Unwissende, rechtlose Heloten möchten die Herrschaften haben, die sich schon für 25 Pf. pro Stunde aussaugen lassen, und über die man, wenn es die Laune erfordert, auch einmal die Peitsche schwingen kann. Dafür bedanken sich aber auch die ausländischen Ziegeleiarbeiter. Sie lassen nicht Heimat und Familie im Stich, um als Lohndrücker den Geldsack der Ziegeleibesitzer zu stärken und zu schützen, sondern um die nötigen Existenzmittel zu erwerben. Können die Ziegeleibesitzer in ihrer „Notlage" keine 40 Pf. Stundenlohn zahlen, so mögen sie ihre Ziegelsteine selbst machen, sie können dann ihre Arbeitskraft nach Herzenslust vergeuden, die Arbeiter haben sicher nichts dagegen.

Die Bestürmung und Beschwörung des Regierungspräsidenten hatte aber keinen Erfolg. Obwohl die Eingabe die Verteurung der Militärbauten und ähnliche wundersame Dinge aufmarschieren ließ, um die Behörde günstig zu stimmen, gab der Regierungspräsident folgende Antwort:

„Eine allgemeine Erlaubnis zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in den Ziegeleien des Regierungsbezirks Posen vermag ich so lange nicht zu erteilen, als nicht zweifelsfrei nachgewiesen ist, daß die Heranziehung von Arbeitern aus andern Teilen Deutschlands erfolglos geblieben ist. Zurzeit ist anzunehmen, daß die steigenden Löhne der jetzt gut beschäftigten Ziegeleiindustrie Arbeiter, die infolge des herrschenden wirtschaftlichen Stillstandes in den andern Provinzen und Bundesstaaten keine Arbeit haben oder finden, heranziehen werden, vorausgesetzt, daß die Ziegeleibesitzer sich die hierfür notwendige Werbearbeit nicht verdrießen lassen."

Den Ziegeleibesitzern wird nun nichts andres übrig bleiben, als ihre Betriebe zu schließen. Denn 40 Pf. Stundenlohn können sie unmöglich weiter zahlen, und die Ziegelpreise können sie auch nicht erhöhen, weil sonst die Militärbauten zu teuer würden. Der Patriotismus wird nun allerdings bei ihnen flöten gehen.

= Der Ziegelmeisterverband duckt sich.

Wie wir vor einiger Zeit mitteilten, hat der Zentralverband der lippischen Ziegelmeister im Herbst 1913 den Ziegeleibesitzern eine Anzahl Forderungen unterbreitet, die aber einstimmige Ablehnung fanden. So vor allem die Erhöhung der Akkordsätze und die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. Kürzlich fand nun in Lage i. Lippe die fällige Jahresversammlung des Ziegelmeisterverbandes statt, die zu der ablehnenden Haltung der Ziegeleibesitzer Stellung nahm. Dabei kam es so, wie wir schon im voraus berichteten, daß der Ziegelmeisterverband die Segel streicht, weil er empfindet, daß ihm jedes Kampfmittel fehlt.

Die Diskussion vermochte nichts andres zu zeitigen, als ein allgemeines Bedauern über die Haltung der Besitzer. Die „Tonindustrie-Zeitung" berichtet darüber: „Eins klang aus allen Ausführungen der Ziegelmeister hindurch: Auch in dieser schweren Stunde vergessen sie nicht, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Besitzer und Meister diesen auf die Seite des Besitzers hinweist, und daß es nicht Sache des Meisters und seiner Standesorganisation sein kann, den vorgetragenen Wünschen durch ein gewaltsames Vorgehen Geltung zu verschaffen."

Damit soll gesagt sein, die Ziegelmeister sehen ein, daß sie auf die Gnade der Besitzer angewiesen sind. Da sie sich nichts zu erkämpfen vermögen, bitten sie bei den Besitzern um gut Wetter und versprechen dafür, auch recht artig zu sein und niemals durch Streik oder Boykott das innige „Vertrauensverhältnis" zu trüben. Wir haben durchaus nichts dagegen, wenn sich die Ziegelmeister zu den Besitzern hingezogen fühlen und von den Ziegeleiarbeitern abrücken. Denn je weiter sie abrücken, um so klarer wird für die Arbeiter das Gefechtsfeld, und um so weniger brauchen sie bei ihrem Vorgehen die proletarische Herkunft der Ziegelmeister zu berücksichtigen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden täglich wurde von dem Wunschzettel des Ziegelmeisterverbandes ganz gestrichen. Die Versammlung konnte sich nicht darüber klar werden, ob diese Forderung von den Meistern oder Arbeitern zu erheben sei. Schließlich wurden sie sich einig, daß, solange der Gewerkverein der lippischen Ziegler die Arbeitszeitverkürzung nicht fordert, auch die Meister keine Ursache hätten, dafür einzutreten. Der Gewerkverein wird sich aber hüten, eine solche Forderung zu erheben, nachdem er in seiner „Lohnbewegung" so jämmerlich durchgerasselt ist. Denn mit der Arbeitszeitverkürzung allein ist es nicht getan, es muß vielmehr, um eine finanzielle Verschlechterung zu vermeiden, eine entsprechende Lohnerhöhung mit der Arbeitszeitverkürzung verbunden sein. Dabei wird aber auf ein freiwilliges Entgegenkommen der Ziegeleibesitzer nicht zu rechnen sein, sie werden vielmehr, durch ihren Erfolg bei der „christlichen Lohnbewegung" ermutigt, in Zukunft noch größere Hartnäckigkeit zeigen.

Nur ein's wird, nachdem auch die Ziegelmeister dem lippischen Gewerkverein die Interessengemeinschaft gekündigt haben, hier zu helfen vermögen, und das ist die Arbeitsgemeinschaft aller Ziegeleiarbeiter-Vereinigungen. Aber sonderbarerweise hüllt sich der Gewerkverein, der diesen Gedanken der Oeffentlichkeit übergab, in tiefes Schweigen. Fast scheint es, als sei dem Gewerkverein vor seinem eigenen Gedanken bange geworden. Ist dem nicht so, dann ist es jedenfalls die höchste Zeit, daß den Gedanken und Worten nun der eiserne Wille und die Tat folgen, wozu wir jederzeit die Hand bieten. Bleibt es aber bei den Worten, dann wird das Hohnlachen der Ziegeleibesitzer das Echo bilden. Uns trifft es nicht.

= Segen der Syndikate!

Seitdem die Neubildung der Syndikate und Kartelle in der Zementindustrie als gesichert gelten kann, sind die Preise wieder energisch heraufgesetzt worden. Das zeigte sich bei den letzten großen Vergebungen von Lieferungen für Kanalisations- und Hafenanlagen in Hannover-Linden. Es handelte sich dabei um 5,5 Mill. Kilogr. Zement. Die jetzigen Angebote der Zementwerke mit denen vom 15. Juli 1913 in Vergleich gestellt, ergeben erhebliche Unterschiede. Die folgende Zusammenstellung zeigt das. Für 1000 Kilogramm Zement mit Sack wurden von den genannten Firmen gefordert:

Zementwerk	jetzt	vor ½ Jahre
Germania	27,— Mk.	20,50 Mk.
Kronsberg	27,— Mk.	23,75 Mk.
Harzer Portland- und Kalkstein-Industrie	27,— Mk.	23,20 Mk.
Teutonia	28,10 Mk.	24,40 Mk.
Hannoversche Portland-Zementfabriken	28,15 Mk.	20,50 Mk.
Norddeutsche Portland-Zementfabrik	30,— Mk.	24,50 Mk.
Alemannia	30,25 Mk.	23,90 Mk.
Winstorfer Portland-Zementwerke	31,— Mk.	20,50 Mk.

Die Preise sind nun bis zu einem Drittel höher als vor einem halben Jahre. Diese Preiswucherei treibt die Produktionskosten für Bauwerke nicht unerheblich hinauf. Und diese Art Preispolitik soll nun auch noch zollpolitisch geschützt werden. Die Zementkapitalisten ziehen an einem Strange mit den agrarischen und industriellen Hochschutzzöllnern, um als Gegenleistung einen Schutzzoll auf Zement zu ergattern. Wenn aber die Zementarbeiter sich zusammenschließen, um ihre bejammernswert niedrigen Löhne aufzubessern, dann schreien die Zementherren Zeter und Mordio.

= Die Portland-Zementfabrik Gößnitz (S.-A.)

stellt ihren Betrieb ein. Sie hat mit dem Mitteldeutschen Zementsyndikat ein Abkommen getroffen, wonach es seinen Lieferungsanteil für eine Entschädigung von 140000 Mk. an das Syndikat abtritt. Da das Werk nur ein Aktienkapital von 450 000 Mk. hat, ist die Abfindung für die Aktionäre zweifellos recht günstig, zumal der Betrieb selbst veraltet und unrentabel war. Durch dieses Abkommen dürften die Aktienbesitzer ihr Kapital so gut wie völlig retten. Wie die Arbeiter die Dinge ansehen, zeigt der folgende Bericht, der uns darüber aus Gößnitz zugeht:

Die hiesige Zementfabrik, die in den neunziger Jahren 100 bis 130 Arbeiter Tag und Nacht arbeiten ließ, in der letzten Zeit jedoch nur noch etliche 20 Arbeiter beschäftigte, hat den Betrieb eingestellt. Für die am Orte befindliche Zahlstelle bedeutet die Stillegung des Betriebes weiter keinen Ausfall an Mitgliedern, da die übergroße Mehrzahl der dort Beschäftigten sich überhaupt nicht zur Organisation bewegen ließen. Die Arbeiter, die aus 16 umliegenden Ortschaften bis zu 1½ Stunden weit hierher eilten, fühlten kein Bedürfnis, sich zusammenzuschließen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Sie waren zufrieden mit dem ihnen Gebotenen. Ja, als einmal zirka 20 Arbeiter es fertig brachten, und den am Sonnabend abgezogenen Lohn wieder verlangten, da regten sich die Zurückgebliebenen auf und meinten, sie sollten froh sein, daß sie Arbeit hätten. Die Firma war überdies sehr nobel. Wer bis zum 1. Oktober jeden Jahres angefangen hatte, bekam, wenn er nicht gemuckt hatte, ein Weihnachtsgeschenk von 5 bis 40 Mk. und einige Pakete Lebkuchen. Ferner, wer 25 und noch mehr Jahre treu gefrondet hatte, bekam ein Diplom für Treue in der Arbeit und 100 Mk. Daß sich da selbst die organisierten nicht zu mucken trauten, ist weiter nicht verwunderlich. Dies beweist folgender Fall. Wir berichteten seinerzeit, daß zwei Arbeiter infolge Einatmens giftiger Gase bewußtlos vom Ofen getragen werden mußten, und teilten diesen Fall der zuständigen Berufsgenossenschaft mit. Dieselbe untersuchte die Angelegenheit und vernahm die beiden Arbeiter. Statt wahrheitsgemäß, so wie sie es der Organisation berichtet hatten, erklärten die beiden, sie hätten ja nur hinter die Bretterwand zu gehen brauchen, als sie merkten, daß ihnen unwohl wurde; die Sache wäre gar nicht so schlimm. Die Berufsgenossenschaft natürlich setzte sich aufs große Pferd und erklärte, daß die Sache falsch dargestellt sei, überdies ginge dies Leute, die außerhalb des Betriebes ständen, gar nichts an. Und dies alles, weil die Arbeiter Furcht hatten, brotlos zu werden. Sie haben den Torhenkel auch nicht mitbekommen, als sie dem Betriebe den Rücken kehrten. Bemerkt sei noch, daß Herr Direktor Ritter sehr darauf bedacht war, für ihn mißliebige Personen vom Betrieb fernzuhalten. So erklärte er dem Aufseher gegenüber, als Schreiber dieses im Vorjahre wieder mal nach Arbeit frug: „Diesen Kerl können wir nicht einstellen, der verständert uns die ganze Bude." Nun braucht Herr Ritter keine Angst mehr zu haben, daß ihm die Bude verständert wird. Es wäre besser gewesen, hier einmal ordentlich Wandel zu schaffen, damit auch hier menschenwürdigere Zustände Platz gegriffen hätten. Wir werden diesem Betrieb jedenfalls keine Tränen nachweinen.

= Zementarbeitertod.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am 27. Januar in der Granauer Zementfabrik (Saale). Der an der Kohlenmühle beschäftigte Arbeiter Otto Plato aus Nietleben wollte in der Nachtschicht einen Treibriemen auf die im vollen Gange gehende Transmissions-Riemenscheibe auflegen. P. hatte zu diesem Zweck einen Strang benutzt; hierbei ist er von der Transmission erfaßt und total zerrissen worden. Die einzelnen Körperteile, der Kopf, die Arme, die Beine, — alles ist aus dem Körper herausgerissen. Plato hinterläßt vier Kinder unter 14 Jahren; das jüngste davon ist noch kein Jahr alt.

Glossen eines arbeitslosen Ziegeleiarbeiters.

Wie ein Wolkenschatten über eine sonnige Landschaft kommt, plötzlich und unbemerkt, war es gekommen. In allen Abteilungen des großen Ziegelwerkes kursierte das Gerücht vom schlechten Geschäftsgang. Und in den Augen und auf den Lippen aller die bange Frage: Wie soll das werden?

Auch jene, die den Schein der Gleichgültigkeit zu geben suchen und sagen: „Na, wenn's hier nicht ist, dann ist's woanders", denken mit Unbehagen an den Augenblick, da man sie wird gehen heißen, und an die Tage des Suchens nach Arbeit und Brot. Früher oder später gibt es ja doch wieder irgendwo Beschäftigung. Aber ein Loch reißt es allemal, und ehe das wieder zu ist, vergehen Monate. — — —

Wer wohl der Nächste sein wird, wenn's zu Entlassungen kommt? Mitleid und Mißtrauen beseelt sie. Der Selbsterhaltungstrieb macht sie egoistisch. Jeder ist sich selbst der Nächste.

Wie soll das werden?

*

So, nun bin ich draußen. Arbeitslos! Bin frei! Wenn an prächtigen Sommertagen die Sonne lockte, dann sehnte ich mich hinaus in die Natur und in die Ferne. Aber ich war gebannt an meinen Ziegelplatz. Jetzt bin ich frei und — — ja, es ist eine wundervolle Sache: die Freiheit des Arbeiters.

Ich habe doch immerhin Glück gehabt, fast ganze zehn Jahre habe ich ohne Unterbrechung gearbeitet in einem Werke. Zehn Jahre lang! Und die Früchte meiner zehnjährigen Arbeit? Nun freilich, ich habe nichts und bin so arm wie zuvor. Nein! Noch ärmer! Ich habe zehn Jahre meines Lebens verloren und manche Hoffnung begraben.

Es ist ein grausames Schicksal: wir bleiben arm, weil wir arbeiten. Und wir müssen arbeiten, weil wir arm sind.

Unsre theologischen Schwätzer können sich nicht genug darin tun, den lieben Gott zu loben, wie zweckmäßig er alles auf Erden eingerichtet habe. Das Gras ist grün, das Wasser naß, der Himmel hoch, die Fische leben nicht auf dem Trockenen und die Vögel nicht im Wasser, kurz, der liebe Gott hat alles just so eingerichtet, wie es sein muß.

Aber welchen Sinn hat nun das Faktum, daß für eine große Zahl Menschen, die als arme Leute Kinder zur Welt kommen und folglich wieder Arbeiter werden müssen, keine Arbeit vorhanden ist? Der liebe Gott, meine ich, hat uns doch die Hände zum Arbeiten gegeben.

Ein mächtiger Fürst soll einstmals also gesprochen haben: „Schwerste Strafe denen, die andre an freiwilliger Arbeit hindern."

Ich möchte gern arbeiten und ich muß arbeiten, sonst muß ich und meine Familie verhungern. Vom frühen Morgen bis zum Abend laufe ich herum und suche Arbeit. Ich würde Säcke tragen, Straßen fegen, Kanäle räumen, kurz, eine jede Arbeit wäre mir recht. Aber man läßt mich nicht arbeiten. Wenn jener Fürst wirklich sein Wort wahr machen wollte — er müßte die ganze bürgerliche Gesellschaft einsperren!

Jeden Tag früh, wenn ich mit einem trockenen Stück Brot in der Tasche auf die Suche nach Arbeit gehe, ruft mir mein Weib nach: „Geh in Gottes Namen!" Die Ahnungslose! Wahrscheinlich glaubte sie, daß ich eher Arbeit finde, wenn sie mich unter Gottes Protektorat stellt. Sie weiß nicht, daß es nicht einmal nützen würde, wenn man sich dem Teufel verschriebe.

Wie erniedrigend das Gefühl ist, um Arbeit bitten zu müssen. Sie gehört doch zum menschlichen Leben wie Luft, Licht und Wasser. Und wir müssen sie uns erbetteln; tagelang jagen nach offenen Stellen, die meist schon besetzt sind. Nach allen Hoffnungen auf Arbeit und Verdienst dann hören zu müssen: Leider besetzt, oder: Schon erledigt. Die alten Griechen hätten ihren Tantalus in der Unterwelt ebensogut können als modernen Arbeitslosen büßen lassen. Seine Qualen wären keineswegs geringer.

Eine Gefahr bestände für ihn freilich; er könnte bald verhungern.